

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 3.00 RM, monatlich 1.30 RM,
wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

NO 5 W

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Mariaplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 30. Dezember 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Mariaplatz, Nr. 151 90-151 97.

Erfolge des U-Boot-Kreuzerkriegs.
408 500 Tonnen im November.

Erfolgreiche deutsche Vorstöße am „Toten Mann“ — Russische Stellungen der siebenbürgischen Ostfront gestürmt — Weiteres Vorstoßen über den Rinnicul-Abchnitt — Rachel westlich Tzacea genommen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 29. Dezember 1916. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz.

Auf dem Westufer der Maas führten gestern an der Höhe 304 und am Südhang des „Toten Mannes“ Teile der Infanterie-Regimenter Nr. 13 und 155 und des Füsilier-Regiments Nr. 37, sämtlich von der Somme her rühmlichst bekannt, Vorstöße in die französischen Stellungen aus. Eingehende Vorbereitung durch Artillerie und die durch ihre Wirkung der Infanterie unentbehrlich gewordenen, bewährten Minenwerfer bahnten den Stoßtruppen den Weg bis in die zweiten und dritten Linien der feindlichen Stellungen, aus denen 222 Gefangene, dabei vier Offiziere, und 7 Maschinengewehre zurückgebracht wurden. In den genommenen Gräben wurden mehrere, auch nachts wiederholte Gegenangriffe der Franzosen abgewiesen.

Am Walde von Cheppy und Malancourt holten sich wätere Württemberger und Badener mehrere Gefangene aus der feindlichen Stellung.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nichts Wesentliches.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Der Südflügel der Heeresgruppe unter dem Befehl des Generals der Infanterie von Gersol hat sich in Uebereinstimmung mit den Bewegungen in der Großen Walachei in dem Gebirge ostwärts vorgeschoben. Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen haben in dem schwierigen Höhengelände der Ostfront von Siebenbürgen mehrere hintereinander liegende Stellungen gestürmt. Dabei wurden 1400 Russen und Rumänen gefangen, 18 Maschinengewehre und 3 Geschütze erbeutet.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madensen.

Auf dem linken Flügel der 9. Armee brachen bayerische und österreichisch-ungarische Truppen unter Führung des Generalleutnants Kraft v. Delmensingen im Gebirge starken Widerstand der verbündeten Gegner und erreichten Dumitresti, 20 Kilometer nordwestlich von Rinnicul Sarat.

Der rechte Armee Flügel stieß zwischen dem Rinnicul-Abchnitt und dem Lauf des Buzaul nach Nordosten vor, nahm mehrere jäh verteidigte Dörfer und ließ die dem weidenden Russen keine Zeit, sich in vorbereiteter Stellung am Seen-Abchnitt zu setzen. Bei diesen Kämpfen zeichnete sich das Westpreussische Infanterie-Regiment Nr. 148 aus. An Gefangenen vom 28. Dezember sind über 1400 Russen, an Beute 3 Geschütze und mehrere Maschinengewehre eingebracht.

In der Dobrußsina ist Rachel genommen.

Mazedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Die U-Boot-Beute im November.

Berlin, 29. Dezember. Amtlich. Im Monat November sind 138 feindliche Handelsfahrzeuge von insgesamt 314 500 Brutto-Registertonnen durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte verloren gegangen; davon sind 244 500 Tonnen englisch.

Außerdem sind 53 neutrale Handelsfahrzeuge mit 94 000 Brutto-Registertonnen wegen Beförderung von Bann-

waren zum Feinde versenkt worden. Das Monatsergebnis beträgt also insgesamt 408 500 Tonnen.

Seit Kriegsbeginn sind damit durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte 3 636 500 Tonnen feindlichen Handels-schiffsräume verloren gegangen, davon sind 2 794 500 Tonnen englisch.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Damit ist die Rekordziffer vom Oktober noch übertroffen. In diesem Monat waren bekanntlich 306 500 Tonnen an feindlichen, 87 000 Tonnen an neutralen Schiffen, insgesamt also 393 500 Tonnen amtlich als versenkt gemeldet worden. Im September waren es 254 600, in den Monaten Juli-August 273 779, Mai-Juni 219 000, März-April 432 000, Januar-Februar 338 000 Tonnen gewesen. Der Gesamterfolg des Jahres 1916 (ausschließlich Dezember) stellt sich also jetzt nach den amtlichen Meldungen auf 2 229 379 Tonnen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 29. Dezember 1916. (W. L. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nordöstlich und nördlich von Rinnicul-Sarat drängt die Armee des Generals von Falkenhayn den Feind von Stellung zu Stellung zurück. Im Hochgelände nordwestlich der genannten Stadt wurde er durch die österreichisch-ungarischen und bayerischen Truppen des Generals Kraft von Delmensingen erneuert geworfen. Die zu diesen gehörende Kampfgruppe des Feldwarschallleutnants Ludwig Goldinger steht vor Debulesei im Kampf. Auch der Südflügel der vom Generalobersten Erzherzog Joseph befehligten Heeresfront hat sich dem Angriff angeschlossen.

Österreichisch-ungarische und deutsche Kräfte entrißen dem Feind im Oberen Zabala-, Karuja- und Putna-Tal eine Reihe stark ausgebaute Stellungen und erlärten bei Harja, nordöstlich von Soud-Mezö feindliche Linien. Der Feind ließ bei den gestrigen Kämpfen in der Walachei und im Gebirge westlich von Jocsani 3000 Gefangene, 6 Geschütze und über 20 Maschinengewehre in unserer Hand. Weiter nördlich keine Kämpfe von Bedeutung.

Ein österreichisch-ungarisches Fluggeschwader besetzte am 27. d. Mts. den von feindlichen Truppen stark besetzten Bahnhof von Onedi mit Bomben. Mehrere Gebäude gerieten in Brand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Karsthochfläche war das italienische Artilleriefeuer gestern lebhafter als in den vergangenen Tagen. Im Wippachtale schoß einer unserer Kampfflieger ein feindliches Flugzeug ab.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Voelker, Feldmarschallleutnant.

Schwere U-Boot-Beute im Eismeer.

Ein deutscher Dampfer als russisches Munitionsschiff wiedererobert.

Berlin, 29. Dezember. Eines unserer Unterseeboote hat vor einiger Zeit im nördlichen Eismeer östlich vom Nordkap den Dampfer „Suchan“ der russischen Freiwilligen-Flotte aufgebrocht. Der Dampfer war mit Kriegsmaterial beladen und befand sich auf dem Wege von Amerika nach Archangelsk.

Nachdem die russischen Schiffsoffiziere als Gefangene auf das Unterseeboot genommen und ein deutscher Seeoffizier mit einigen Unteroffizieren die Führung des Dampfers übernommen hatte, wurde dieser, begleitet von dem U-Boot, nach einem deutschen Hafen gebracht.

Hier stellte sich heraus, daß es der von den Russen bei Kriegsausbruch im Hafen von Wladiwostok beschlagnahmte Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Spezia“ war.

Die einen Wert von vielen Millionen darstellende Ladung des Dampfers bestand aus: 100 000 7,5 Zentimeter Schrapnell, 75 000 7,5 Zentimeter Sprenggranaten, 150 000 3,7 Zentimeter Patronen, 250 000 Zündern für Sprenggranaten, 100 000 Zeitzündern, 125 000 Zündschrauben, 150 000 Kilogramm Trinitrotoluol (hochwertiger Sprengstoff), 175 000 Kilogramm Röhrenpulver, 40 000 Kilogramm Schwarzpulver, 127 30-Zentimeter-Geschossen, 150 Zylindern mit Säure, 1 230 000 Kilogramm Blei in Barren, sieben Lastautomobile, zweihundert Ballen Sehlensleder, fünfhundert Spulen Stacheldraht und 6000 Stück Eisenbahnschienen.

Die Kriegsernährung im neuen Erntejahr.

Batocki und Wermuth.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes hat an sämtliche Bundesregierungen ein Rundschreiben gerichtet, das namentlich der Lebensmittelversorgung der Verbraucher-Gemeinden neue Aufgaben zuweist.

Herr von Batocki geht davon aus, daß das nächste Erntejahr die Lebensmittelversorgung vor neue schwierige Aufgaben stellen wird. Neben der Förderung der Erzeugung bedürfen namentlich die Zuführung genügender Waren in die Städte und Industriebezirke vorausschauender Fürsorge. Die zentrale Bewirtschaftung mit Beschlagnahme und Festsetzung von Höchstpreisen sei bei wenig verderblichen Lebensmitteln wie Getreide usw. gut durchführbar, bei leichter verderblichen wie Kartoffeln, Fleisch, Butter, Milch weit schwieriger. Hier solle ein besserer Ausbau der Organisation helfen, ebenso bei Fischen und Käse.

Eine Reihe weiterer Lebensmittel dagegen entziehen sich nach Herrn von Batockis Ansicht ihrer Natur nach der Bewirtschaftung durch die Zentralsstelle. Die Versuche, sie durch Festsetzung von Höchstpreisen allein den Minderbemittelten zugänglich zu machen, seien gescheitert, weil durch die Höchstpreise die Waren den Städten und Industriebezirken ferngehalten wurden und ausschließlich den Erzeugern und den in der Nähe der Erzeugungsorte wohnenden Verbrauchern zugute gekommen sind. Herr von Batocki kommt zu dem Schluß:

Jeder Höchstpreis ohne öffentliche Bewirtschaftung hält die Ware vom Bedarfsort fern. Läßt man dagegen, wo die öffentliche Bewirtschaftung unmöglich erscheint, unter Abstandsnahme von Höchstpreisen die Entwidlung frei laufen, so wird zwar — der diesjährige Gänsehandel gibt dafür ein deutliches Beispiel — die Ware den großen und verhältnismäßig zahlungsfähigsten Städten zugeführt. Der Andrang der Käufer, die bereit sind, fast jeden Preis zu zahlen, zu solcher Ware wird dann aber so groß, daß die Preisentwiddlung völlig ungesund wird und der Minderbemittelte die Ware überhaupt nicht erhalten kann.

Eine gänzliche Beseitigung dieser Mißstände hält Herr von Batocki während der Dauer der Kriegswirtschaft nicht für möglich. Er meint aber:

Wesentlich eingeschränkt können sie aber werden, wenn die Städte und größeren Landgemeinden das bei den Schweinemest-verträgen schon mit Erfolg eingeführte System der frühzeitig zwischen Bedarfsgemeinde und Erzeugerorganisation abzuschließenden Lieferungsverträge weiter ausbauen und auf Erzeugnisse wie Frühkartoffeln, Gemüse, Kohl, Obst, Geflügel, unter Umständen auch auf Ballmilch und Magermilch ausdehnen. Dadurch kann zugleich die wichtige Aufgabe besser als bisher gelöst werden, die erzeugten Waren richtig zwischen dem Frischverbrauch im Sommer und Herbst und der Konservierung für Winter und Frühjahr zu verteilen. . . . Durch solche frühzeitig abgeschlossenen Lieferungsverträge, die den Erzeugern die Abnahme ihrer Erzeugnisse gegen Barzahlung zu an gemessenen Preisen sichern, kann die Erzeugung der für das nächste Jahr besonders wichtigen Waren, wie Frühkartoffeln, Gemüse, Kohl, Weizenobst wesentlich gesteigert werden. Ein Zwang zum Vorgehen in diesem Sinne kann von den Zentralsstellen auf die Gemeinden nicht ausgeübt werden. Um die Vorbereitungen rechtzeitig treffen zu können, muß schleunigst mit der Arbeit begonnen werden.

Dieses Rundschreiben ist von den Beteiligten mit etwas gemilderten Gefühlen aufgenommen worden. Wie die „Deutsche Städte-Korrespondenz“ erfährt, hat der Vorstand des Deutschen Städtetages sofort vorläufig Stellung genommen, und zwar durch ein Schreiben seines Vorsitzenden, des Oberbürgermeisters Wermuth, an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, in dem es heißt:

Der Gedanke des Abschlusses von Lieferungsverträgen hat schon bisher den deutschen Stadtverwaltungen nicht ferngelegen. Die vielfach betätigten und bereits in Ausführung begriffenen Verträge sind aber mehrfach gerade durch Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes oder der ihm unterstellten Reichsstellen rechtlich oder praktisch aufgehoben worden, wie zum Beispiel der Beihilfbeschaffung. Ein besonderer Erfolg zugunsten der städtischen Volksernährung könnte dann eintreten, wenn die Städte beim Abschluß der Verträge nicht ausschließlich auf die Bereitwilligkeit der beteiligten Landwirte angewiesen, sondern Maßregeln ergreifen werden, die den Vertragsabschluß zu angemessenen Preisen den Landwirten auch vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus als zweckmäßig erscheinen lassen. Aus diesem Grunde liegt unseres Erachtens, ohne uns damit zum Abschluß von Verträgen über Lieferung von Gemüse usw. äußern zu wollen, das Schwerk Gewicht bei denjenigen Verträgen, wo das Reich, sei es durch die

Städte, sei es unmittelbar, die erforderlichen Futtermittel den Landwirten überläßt und mit der Vertragserfüllung als Gegenleistung in Verbindung bringt.

Weiter wird in dem Antwortschreiben darauf hingewiesen, daß gerade von städtischer Seite die Ausgestaltung der Schweinefleischverträge stets nachdrücklich gewünscht worden ist, während die staatsbehördlichen Stellen diese Lieferungsverträge erschwert haben. Eine eingehende Stellungnahme behält der Vorstand einer Erörterung in seiner Gesamtheit vor.

Hier liegt ein neues Eingeständnis des Kriegsernährungsamtes vor, wonach die Haupt Schwierigkeit für eine gerechte Verteilung der Nahrungsmittel in dem passiven Widerstand der Erzeuger liegt, die, wenn ihnen Wuchererträge durch Höchstpreise unterbunden sind und eine Beschlagnahme nicht droht, nach Herrn von Batockis eigenen Worten dann einfach das gesamte Erzeugnis für ihren Verzehr behalten. Die von sozialdemokratischer Seite im Reichstag gemachte Feststellung, daß man auf dem Lande noch immer reichlich lebe, wurde von der Rechten mit Entrüstung zurückgewiesen. Hier bringt das Kriegsernährungsamt die Bestätigung.

## Präsident Wilsons Friedensaktion.

### Sympathieerklärung der skandinavischen Regierungen.

Der schwedische Geschäftsträger, der dänische Gesandte und der norwegische Gesandte haben im Auftrage ihrer Regierungen gestern den auswärtigen Ministern in Berlin und Wien gleichlautende Noten überreicht, die wir nachstehend in deutscher Uebersetzung wiedergeben:

Die königliche Regierung hat mit dem lebhaftesten Interesse von den Vorschlägen Kenntnis genommen, die der Präsident der Vereinigten Staaten vornehmen hat, um die Maßnahmen zur Herstellung eines dauerhaften Friedens zu erleichtern. Wenn sie auf jede Einmischung zu vermeiden wünscht, die legitime Gefühle verletzen könnte, so würde die königliche Regierung ihre Pflichten gegenüber ihrem eigenen Volke und gegenüber der gesamten Menschheit nicht zu erfüllen glauben, wenn sie nicht ihre tiefste Sympathie für alle Bestrebungen ausdrücken würde, die der fortgesetzten Steigerung von Leiden sowie von moralischen und materiellen Verlusten ein Ende setzen könnten. Sie gibt sich der Hoffnung hin, daß die Initiative des Präsidenten Wilson würdig der hochherzigen Bestimmung, von der ihr Urheber befehle ist.

Wie der Kopenhagener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ aus guter Quelle erfährt, sollen von Neutralen Verhandlungen mit Holland und Spanien über die Unterstützung der Friedensaktion Wilsons im Gange sein. Auch Vertreter nichteuropäischer Neutralen werden informativ über den Gang der Verhandlungen auf dem Laufenden gehalten.

Wie derselbe Korrespondent erfährt, würde sich die chinesische Regierung von einer gemeinsamen Friedensaktion der neutralen Mächte kaum ausschließen. Die Friedenssehnsucht in China sei stark.

### Sozialdemokratische Sympathiegramme.

Kopenhagen, 29. Dezember. (Meldung des Nihauschen Bureaus.) Die dänische Sozialdemokratie sandte gestern an Wilson folgendes Telegramm:

Die dänische Sozialdemokratie wünscht ihre Sympathie mit Ihrer Friedensnote vom 21. Dezember und ihre innigsten Wünsche auszudrücken, daß Ihre Bestrebungen für eine Beendigung des Weltkrieges und für die Herstellung eines dauernden Friedens von Erfolg gekrönt werden.

Kristiania, 29. Dezember. (Meldung des Nihauschen Bureaus.) Die Hauptleitung des norwegischen Arbeitervereins sandte an Wilson folgendes Telegramm:

Die norwegische Sozialdemokratie, die ein Drittel der norwegischen Wähler ausmacht, sendet ihre Zustimmung zu der energischen Arbeit des Präsidenten für die Beendigung der Kriegsverbrechen und die Herstellung eines dauernden Friedens.

### Die deutsche Antwort an Wilson.

Washington, 28. Dezember. (Reutermeldung.) Der Text der deutschen Antwort auf die Note Wilsons ist heute hier angekommen.

Basel, 29. Dezember. Die Antwort an Wilson ist, wie der Pariser Korrespondent der „Basler Nachrichten“ meldet, in Frankreich mit Befriedigung aufgenommen worden, weil man eine Ablehnung der wichtigsten Punkte des amerikanischen Vorschlages herausliest. Dies erleichtert der Entente diplomatie ihre noch nicht gelöste Aufgabe zur Beantwortung von Wilsons Note.

## Eine erläuternde Note Wilsons für England.

Der Londoner Korrespondent des Manchester „Guardian“ meldet, daß in London eine zweite, erläuternde amerikanische Note eingetroffen sei. Der Korrespondent erfährt aus diplomatischen Kreisen, daß ihr Wortlaut nicht derart sei, um die Haltung der Entente zu ändern. Die Entente werde mit der Antwort nicht zögern; England dürfe die feine am Sonnabend abgeben.

Diese Nachricht von einer zweiten Note, die Wilson der ersten nachfolgt, erinnert an ein ähnliches Verfahren, das die amerikanische Regierung unlängst anwandte, als man in London eine erste und sogar zweite Note nicht zu verstehen schienen. Indessen handelte es sich dabei um eine Angelegenheit, deren Wichtigkeit sich mit der jetzt in Frage stehenden durchaus nicht messen kann.

Es fällt aber auf, daß neben der zweiten Wilson-Note, die zwar nach England, nicht aber nach Berlin erging, ein Artikel der sonst ententefreundlichen New Yorker „Tribüne“ bekannt wird, der die Ententeländer, besonders England, vor optimistischen Täuschungen über die Kriegsauffassung der Amerikaner warnt.

## Die Verzögerung der Antwort der Entente.

Lugano, 28. Dezember. (Z. U.) Die „Stampa“ drückt ihr Bedauern aus über die Verzögerung der Antwort der Entente auf das Angebot der Mittelmächte. Durch die geographische Lage sei die Entente allerdings benachteiligt, aber es existieren ja Telegraphen, die eine Verständigung ermöglichen. Auch für die Diplomatie sei die Zeit wertvoll, welche die Feinde bei den Neutralen zu ihren Gunsten ausbeuten. Deshalb sei größere Eile seitens der Entente sehr zu wünschen. „Corriere d'Italia“ bedauert gleichfalls den Zeitverlust, welcher der Entente zwar erlaube, alle Karten des diplomatischen Spiels einzulegen, aber auch die Deutung

zulasse, daß der diplomatische Organismus des Vierverbandes unter angeborenen Schäden, Langsamkeit und Unsicherheit leidet. Nach einer besonderen Information bereite es den Engländern peinliche Verlegenheit, daß der Zar als russisches Kriegsziel „Konstantinopel“ betonte.

## Erklärung der französischen Fraktion in der Kammer.

„Mehr Licht.“

Bei der Beratung und Annahme des Budgetzwölftels verlas Renaudel im Namen der Fraktion eine in der „Humanité“ vom 23. Dezember abgedruckte Erklärung, in der es heißt:

Der Feind hat soeben Verhandlungen angeboten. Ob das Angebot ein Mandat oder ein ehrlicher Appell ist, so dürfte es doch bei allen Völkern den Wunsch nach der Rückkehr zum Frieden, — zu einem dauerhaften und organisierten Frieden — erwecken. Die Völker der Verbandsmächte, die die schwersten Opfer auf sich genommen, haben ein Recht, von ihren Regierungen eine klare Einsicht zu verlangen, die ihnen eine nutzlose Verlängerung der Kasse erspare und die Verbandsvölker sowie die ganze Menschheit vor einer Ueberraschung schützen würde, aus der ein neuer Krieg entstehen könnte.

Je mehr wir von unserer Regierung verlangen werden, ein genaues Angebot, das noch gemacht werden mag, nicht ohne Prüfung und nicht ohne tiefe Gründe, die öffentlich bekannt zu machen sind, abzulehnen, desto mehr bestehen wir darauf, daß der Feind sein Angebot so klar fassen soll, daß es weder eine Falle noch ein Mandat in sich birgt.

Treu den republikanischen Ueberlieferungen, waren wir bestrebt, daß Frankreich im Jahre 1914 nicht angeklagt werden kann, daß es den Krieg provoziert habe, und die Verbandsmächte haben ein Einigungs- und Schiedsverfahren vorgeschlagen, das zurückgewiesen wurde. Es hätte die Katastrophe verhüten können. Diese tiefe Ueberzeugung von der unmittelbaren Verantwortlichkeit für den Krieg ist derart, daß sie den einmütigen Schwung der Nation und die Begeisterung unserer Soldaten hervorrief und zu den Siegen an der Marne, in Flandern, an der Somme und bei Verdun führte.

Die Verbandsmächte können die Verantwortlichkeit für die Verlängerung des Krieges ebensowenig übernehmen, wie für dessen Ausbruch. (??) Wir wünschen, daß sie für den Frieden ebenso einig bleiben, wie sie es im Kriege sind, und daß sie in Erfahrung bringen sollen, ob Deutschland nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat für die Sache der Menschlichkeit gewonnen ist. Deshalb sollten sie klar und laut antworten.

Jetzt verlangt auch der Präsident der Vereinigten Staaten, daß die Kriegführenden ihre Ansichten über die Kriegsziele kundgeben sollen. Wir wollen den Absichten nicht vorgreifen. Wir wollen nur, daß die Kriegführenden sowohl wie die Neutralen, vom Streben nach Recht und Gerechtigkeit geleitet, zusammen arbeiten möchten, um mehr Licht zu erhalten.

Unsere Feinde können es nicht mehr bei bloßen Andeutungen bewenden lassen. Sie müssen ihre Worte vollständig aussprechen. Wir fürchten nicht, daß sie die Soldaten der Republik in Unruhe versetzen könnte, die, um den Frieden wieder zu erobern, den Ruhm des Vaterlandes gesichert haben. Mochten doch unsere Regierungen vor aller Welt kundtun, daß die verbündeten Völker, die immer den Frieden gewollt und den Krieg nicht gefördert haben, für jede Lösung zu haben sind, die, nachdem sie die Ungerechtigkeit der Gewalt wieder gutgemacht hat, die Gesellschaft der Nationen organisieren wird zum Heile der Zivilisation und der freien Entwicklung der Menschheit.

Die Resolution schließt: „In diesem Geiste und für diese Ideen stimmen wir für die Kredite, die man von uns verlangt!“

Wir haben schon wiederholt gesagt, daß wir die Aufstellung eines umfassenden Friedensprogramms durch einen der beiden kriegführenden Teile für unmöglich halten, da der Frieden eben nicht aus Diktat oder Unterwerfung, sondern nur durch gemeinsame Beratungen zustande kommen kann. Die Fragen, die die Franzosen zunächst interessieren, sind aber so einfach, daß ihre Lösung vom Komplex des Gesamtproblems wohl möglich wäre. Hätten die Franzosen etwas schärfer nach Deutschland herübergehört, so wüßten sie ohnehin längst, woran sie sind und daß ein Grund, den Krieg fortzuführen, für sie nicht mehr besteht.

## Der Zar für den Krieg.

### Konstantinopel muß russisch werden.

Petersburg, 28. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Oberbefehlshaber richtete am 25. Dezember an Armee und Marine folgenden Tagesbefehl: Mitten im tiefen Frieden griff Deutschland, das sich seit langer Zeit heimlich darauf vorbereitete, alle Völker Europas sich zu unterwerfen, vor nunmehr über zwei Jahren plötzlich Rußland und seinen treuen Verbündeten Frankreich an, was England zwang, sich mit uns zu verbinden und an dem Kampfe teilzunehmen. Die vollkommene Mißachtung der Grundzüge des internationalen Rechts, wovon Deutschland Proben ablegte und die sich in der Verletzung der belgischen Neutralität sowie in der unbarmherzigen Grausamkeit der Deutschen gegen die friedliche Bevölkerung in den von ihnen besetzten Gebieten ausdrückte, vereinigten allmählich alle großen Mächte Europas gegen Deutschland und das ihm verbündete Oesterreich.

Unter dem Druck der deutschen Armee, die dank ihrer technischen Mittel außerordentlich stark war, wurden Rußland ebenso wie Frankreich im Laufe des ersten Kriegsjahres gezwungen, dem Gegner Teile ihres eigenen Gebietes zu überlassen. Dieser

### zeitweilige Mißerfolg

jedoch schlug nicht den Geist unserer treuen Verbündeten, noch den eurigen, meine tapferen Truppen, nieder.

Gleichzeitig wurde dank der Anspannung aller Kräfte des Landes der Unterschied zwischen unseren technischen Mitteln und denen der Deutschen allmählich ausgeglichen. Indessen konnte der Gegner schon lange vor dieser Zeit, bereits im Herbst 1915, sich seines Stüchens russischer Erde mehr bemächtigen, während er im Frühling und Sommer 1916 eine Reihe furchtbarer Niederlagen erlitt und an unserer ganzen Front von der Offensive zur Defensive überging. Augenscheinlich erschöpfen sich seine Kräfte, während die Macht Rußlands und seiner tapferen Verbündeten unerschütterlich andauernd wächst. Deutschland fühlt, daß die Stunde seiner endgültigen Niederlage, die Stunde der Vergeltung für alle Rechtsbrüche und die von ihm begangenen Grausamkeiten nahe ist. Deshalb denn schlägt Deutschland ebenso, wie es zur Zeit seiner Ueberlegenheit an Kampfkräften über die Kräfte seiner

Nachbarn ihnen plötzlich den Krieg erklärte, jetzt, da es sein Schwächerwerden empfindet, den alliierten Mächten, die sich gegen Deutschland Gefolgschaft leisten, indem sie eine unlösliche Gruppe bilden, plötzlich vor.

### Friedensvorbesprechungen

zu beginnen. Natürlich will Deutschland diese Unterhandlungen beginnen, bevor der Grad seiner Schwäche vollkommen an den Tag kommt und vor dem endgültigen Verlust seiner Widerstandskraft. Gleichzeitig versucht es, um lägenhafte Vorstellungen über die Stärke seiner Armee zu schaffen, seinen

### zeitweiligen Erfolg in Rumänien

zu benutzen, das noch keine Zeit hatte, Erfahrung über die gegenwärtige Art der Kriegführung zu erwerben. Aber wenn Deutschland die Möglichkeit hatte, Rußland und seinem Verbündeten Frankreich den Krieg zu erklären, und sie zu einer Zeit angriff, die für sie die ungünstigste war, so haben die Alliierten, unten denen sich jetzt das so mächtige England und das edle Italien befinden, nachdem sie sich im Laufe des Krieges verstärkt haben, gegenwärtig ihrerseits die Möglichkeit, Friedensverhandlungen zu beginnen in einem Augenblick, den sie als günstig für sich betrachten werden.

### Dieser Augenblick ist noch nicht gekommen.

Der Gegner ist noch nicht aus den Gebieten vertrieben, deren er sich bemächtigt hatte. Die Erfüllung der durch den Krieg geschaffenen Aufgaben Rußlands, der Besitz Konstantinopels und der Meerengen sowie die Schaffung eines in allen seinen drei gegenwärtig getrennten Teilen freien Polens ist noch nicht gewährleistet. Gegenwärtig Frieden schließen, würde gleichbedeutend sein mit einer Nichtausnutzung der Früchte der unsagbaren heldenhaften Anstrengungen der russischen Armee und der Flotte. Diese Anstrengungen, und noch mehr die geheiligte Erinnerung an die tapferen, auf dem Schlachtfelde gefallenen Söhne Rußlands, lassen

### nicht einmal den Gedanken an Frieden

zu bis zum endgültigen Sieg über den Feind, der die Rühmtheit hatte, zu vermuten, daß, wenn es von ihm abhing, Krieg zu beginnen, es in gleicher Weise von ihm abhängt, ihn zu beendigen, wenn er es wünsche. Ich zweifle nicht daran, daß jeder treue Sohn des heiligen Rußland, sowohl derjenige, der mit den Waffen in die Reihen meiner tapferen Truppen tritt, wie derjenige, der im Innern des Landes arbeitet, um seine Militärmacht zu verstärken, oder seine friedliche Arbeit verrichtet, von dem Bewußtsein durchdrungen ist, daß der Frieden dem Gegner erst dann aufgezwungen werden kann, wenn er aus unserem Gebiete vertrieben sein wird und,

### endgültig geschnitten,

uns und unseren treuen Verbündeten feste Bürgschaften für die Unmöglichkeit der Wiederholung seines treulosen Angriffes und die feste Sicherheit geben wird, daß er durch die Kraft der Umstände selbst gezwungen sein wird, die Verpflichtungen zu beobachten, die er gemäß dem Friedensvertrag auf sich nehmen müssen. Seien wir also unbeugsam in der festen Zuversicht auf unseren Sieg, und der Allmächtige wird unsere Fahnen segnen und sie von neuem mit unbergänglichem Ruhme bedecken. Er wird uns einen Frieden gewähren, welcher der Heldentaten meiner ruhmreichen Truppen würdig ist, einen Frieden, für den die zukünftigen Geschlechter euer Gedächtnis segnen werden, das für sie heilig sein wird.

## Die Weihnachtsschlacht bei Rimnic-Sarat.

Telegramm unseres Kriegsberichterstatters Dr. Adolf Köster.

### Armee-Oberkommando Falkenhahn, 28. Dezember.

Die mehrere abgefangene Funkprüche beweisen, erhielt die russische Armee bis gestern abend andauernd Befehle, die Rimnic-Stellung unter allen Umständen zu halten. Durch die siegreiche Weihnachtsschlacht ist sie über den Rimnicfluß geworfen. Die wichtigste Vorstellung zu der befestigten Sereth-Linie ist in unserer Hand. Die Mitte der 9. Armee steht 36 Kilometer, ihr linker Flügel schon bedeutend näher an Jocsani.

Der Schauplatz der Schlacht war die am Gebirge entlang führende Meerstraße Bugen-Rimnic. Am 26. mittags fand nach starkem Nebel ein erfolgreiches Wirkungsschießen statt. Der nachmittags erfolgende Angriff der 9. Armee beiderseits der Meerstraße übertraf die erste feindliche Stellung und warf den Gegner trotz starken Gegenangriffs durch zwei Regimente aus seiner Stellung. Gegen heftigen Widerstand wurden am selben Abend noch Jozita und Costieni genommen. In der Nacht zum 27. setzte sich der Russe nochmals in flüchtig ausgeholte Stellungen fest. Am Morgen wurde der Gegner in neuem Angriff geschlagen. Nachdrängende Truppen stürmten bis Rimnic-Sarat vor. Die wichtige Straßenbrücke am Eingang zur Stadt wurde in letzter Minute vor feindlicher Sprengung gerettet. In den Straßen der Stadt setzte sich der Häuserkampf bis zum Bahnhof am Ortsausgang und den Höhen nördlich der Stadt, die besetzt waren, fort.

Weiter südlich kämpfende deutsche Kräfte gewannen im Verein mit österreichisch-ungarischen Truppen ungeachtet schwierigsten Geländes und hartnäckigen Widerstandes stark befestigter Dörfer und Stellungen. Hier, wie rechts anschließend an die Donau-Armee, ist augenblicklich die ganze Linie im Vorrücken begriffen.

Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

## Der bulgarische Kriegsbericht.

### Dobransee und Macin.

Sofia, 28. Dezember. Bulgarischer Generalstabsbericht vom 28. Dezember.

Mazedonische Front: Nordöstlich vom Dobransee versuchte ein Bataillon des Feindes nach heftiger Artillerievorbereitung, gegen die Dörfer Brest und Klandjaki vorzurücken, es wurde aber durch unser Feuer zum Stehen gebracht. Auf den übrigen Abschnitten der Front schwaches Artilleriefeuer. Im Bardartale wirkungslose Tätigkeit feindlicher Flugzeuge.

Rumänische Front: In der Dobrudscha lebhafter Kampf vor Macin.

## Der türkische Kriegsbericht.

### Kaukasus — Gedschas

Konstantinopel, 28. Dezember. Amtlicher Heeresbericht. Kaukasusfront: Auf dem rechten Flügel für uns günstige Scharmüel, bei denen wir dem Feinde Verluste zufügten. Im Zentrum wurde ein Angriffsvorstoß des Feindes abgewiesen. Am Gedschas vertrieben wir am 23. Dezember die Aufständischen aus Behar bin Hajanz, 130 Kilometer südwestlich von Medina. Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

## Ein Gefecht bei Sultanabad.

Konstantinopel, 27. Dezember. (W. T. V.) Der russische Heeresbericht vom 22. November meldet, daß Angriffe der Türken bei Sultanabad (Persien) mit großen Verlusten abgeschlagen und die Türken bis zum Einbruch der Nacht verfolgt worden seien. Demgegenüber erklärt die Agence Willi, daß es keine türkischen Truppen waren, die die Angriffe machten, sondern eine aus den persischen Stämmen Korlar und Bobari bestehende Freiwilligenabteilung, die infolge der russischen Grausamkeiten mit der osmanischen Armee zusammenwirkte. Bei allen Zusammenstößen zwischen Türken und Russen in Persien ergriffen diese stets die Flucht. — Der russische Heeresbericht vom 30. November meldet die Erbeutung eines Transports mit 47 mit Mais beladenen Pferden in der Gegend von Sakiz (Persien). Diese Behauptung ist falsch und läßt keinen Zweifel daran, daß der Zug ein persischer war.

## Kämpfe gegen Entente-Piraten bei Adalia.

Konstantinopel, 29. Dezember. (W. T. V.) Das Kriegspresseamt berichtet über einen überraschenden Angriff der türkischen Truppen auf eine Bande von etwa 300 griechischen, in französischen Diensten stehenden Piraten, welche die vor der südanatolischen Küste zwischen Adalia und Matri liegende Insel Khorzi besetzt hielten und fortwährend Streifzüge und Plünderungen gegen die Bevölkerung der Umgebung unternahmen. Trotz der Bemühungen der Franzosen, Verstärkungen herbeizuschaffen, gelang es den türkischen Truppen, die Insel von der Bande vollständig zu säubern. Die Bande hatte 70 Tote und etwa 100 Verwundete. Acht Piraten fielen den türkischen Truppen in die Hände, der Rest entfloh unter Zurücklassung von Munition, Proviant und Vieh. Die französischen Torpedoboote 250 und 409 versuchten, der Bande zu Hilfe zu eilen, aber die türkischen Truppen konnten die ganze Flotte zerstören und umkehrte nach der gegenüberliegenden Küste zurückzukehren. Später beschossen französische Kriegsschiffe die Insel, sie wird aber gegenwärtig von den türkischen Truppen besetzt gehalten. Die Verluste der Türken betragen nur drei Tote. Der Bericht besagt, daß die Franzosen seit einiger Zeit durch Vandalen und allerlei Individuen in einer einer Kulturmacht unwürdigen Weise unter dem Schutz ihrer Kriegsschiffe die türkische Küste angreifen und die friedliche Küstenbevölkerung drangsalierten.

## Die Schlacht an der Somme in den Monaten August bis November.

III.

Aus dem Großen Hauptquartier wird abschließend geschrieben:

Diese letzte Erscheinung; das Wirksamwerden unserer artilleristischen Verteidigung, bezeichnet die große Wendung in der Entwicklung der Sommeschlacht. Nach dem Tiefpunkt, den der 25. September für uns bedeutet, kommt unser Anstieg um so bedeutungsvoller zur Geltung.

Beim Wiederbeginn der feindlichen Offensive um die Wende vom August zum September behandelte der Feind sich im Weste sorgsam angesammelter ungeheurer Massen von Kampfmitteln. Die Organisation unserer Verteidigung hatte mit der fortwährenden Steigerung der feindlichen Angriffskraft nicht gleichen Schritt halten können. Erst gegen Ende September war es gelungen, unseren artilleristischen Rückhalt so weit zu kräftigen und auszubauen, daß eine planmäßige Niederämpfung der gesamten feindlichen Streitkräfte und insbesondere ein Zueinandergerissen und Zusammenwirken der Artillerie aller Abschnitte zur Niederhaltung feindlicher Angriffsgelüste eingerichtet werden konnte. Es ist das Kennzeichen der Kämpfe des Oktobermonats, daß nunmehr auch die beständigen feindlichen Angriffe unter ungeheuren Menschenverlusten fast ohne jeden Erfolg an der erlärten Front unserer Sommelämpfer abprallen. Und dabei haben die feindlichen Anstürme im Oktober keineswegs nachgelassen. Ihre artilleristische Vorbereitung hat sich wo möglich noch gesteigert und der rücksichtslose Einsatz gewaltiger Truppenmassen, die vielfach in geschlossenen Verbänden wider unsere Feuerlinie geworfen werden, bedauert aufs deutlichste die wilde Entschlossenheit unserer Feinde, um jeden Preis die Sommeschlacht zu dem gewollten Ziele zu bringen.

Für die allgemeine Lage während des Oktobers ist kennzeichnend, daß zunächst die Versuche, die Gesamtfrent der Schlacht an ihrem nördlichen Flügel zwischen Commeucourt und Thiepval zu verbreitern, fortbauern, wenn auch erfolglos. Dagegen hat der Feind seine Versuche, Verone zu erreichen, bisher nicht wieder aufgenommen, und im Abschnitt von Bouchabednes herrscht verhältnismäßige Ruhe. Der Schwerpunkt der französischen Angriffsabsichten liegt während des Oktobers bei dem Dorfe Saillly-Saillisset. Südlich dieses Dorfes zieht sich der St.-Pierre-Saillisset-Wald, der in eine Festung umgewandelt ist. Hier war nach dem Verlust von Bouchabednes am 12. September das feindliche Vordringen durch die Kräfte derselben jungen Meserveedivisionen, welche jene Schläge empfangen hatten, zum Stehen gebracht worden. Seitdem hat der Wald allen feindlichen Anstürmen getrotzt. Da weder hier noch weiter südlich an ein Durchkommen zu denken war, so hat der Feind die ganze Kraft seiner Anstrengungen auf die nördlich dieses Waldes gelegene Ortschaft Saillly geworfen. Aber obwohl er diese im wesentlichen in seine Hand gebracht hat, ist es ihm bisher nicht gelungen, den Durchbruch zu erzwingen.

Gleich heftig stießen während des Oktobers die Engländer in immer wiederholten Anläufen vor, deren Hauptkraft gleichfalls in nordöstlicher Richtung auf Vapaune zu den Durchbruch zu erzwingen suchte.

Im Abschnitt der Engländer wie der Franzosen hat fast jeder Tag bis zum 23. die schwersten Angriffe gebracht. Aber auch unsere Truppen haben sich im letzten Monat auf die erfolgreiche Abwehr der feindlichen Angriffe nicht mehr beschränkt, sondern sind in sehr vielen Fällen zur aktiven Führung übergegangen und haben dem Feinde öfter in schneidigem Gegenangriff die kaum gewonnenen Errungenschaften wieder zu entreißen vermocht.

Als „Großkampftage“ ragen aus der Masse der feindlichen Anstürme der 1., der 7., der 13., der 18. und der 23. Oktober hervor. Die Zeiträume, innerhalb deren sich die ganz großen feindlichen Anstrengungen folgten, waren also noch kürzer geworden als in den früheren Monaten. Während aber im September jeder derartige große Durchbruchversuch dem Feinde erhebliche Fortschritte und auch Beute an Gefangenen und Material gebracht hatte, sind im Oktober alle, auch die gewaltigsten Anstrengungen des Feindes an der opferreichen Gänge unserer nunmehr selbst an die ungeheuerlichste Artillerievorbereitung gewöhnten und ihr mit unerhöhrterlichem Kampfesmut trotgenden Infanterie und der erstärkten Artillerieunterstützung mit allerschwersten Verlusten für den Feind gescheitert. Die unbedeutenden Fortschritte, die der feindliche Masseneinsatz an Munition und Munition hier und dort erzielen konnte, stehen außer jedem Verhältnis zu seinen Opfern.

Am 23. Oktober hatte der Feind noch einmal größte Kraftentfaltung eingeleitet, ohne etwas anderes als Verluste von bisher unerhöhrter Höhe zu erzielen. Seitdem hat die letzte Oktoberwoche ein deutlich erkennbares Nachlassen der feindlichen Anstrengungen gebracht. Wo Angriffsabsichten bemerkbar wurden, gelang es in den meisten Fällen schon unserer Artillerie, sie im Keim zu erlösen. Wo sie zur Durchführung kamen, wurden sie verlustreich abgewiesen.

Am 5. November indessen raffte der Feind die ganze Feuerkraft seiner Artillerie und sehr bedeutende infanteristische Kräfte zu einem neuen gewaltigen Vorstoß gegen die Front der Armee Below zusammen. Auf einer 20 Kilometer breiten Front zwischen Le Sars und Bouchabednes griffen Engländer wie Franzosen mit größter Festigkeit an. Doch der Vorstoß scheiterte

unter größten blutigen Verlusten. Von nun an setzte wieder ein Abschnitt starker örtlicher Kämpfe ein, die sich noch an zwei Stellen zu einer größeren Kraftanstrengung verhielten.

Die Franzosen wandten vor wie nach ihre gesamte Kraftanstrengung an den Plan, nördlich des in seiner Gesamtheit doch als uneinnehmbar erkannten St.-Pierre-Saillisset-Waldes, bei Saillly und bei Saillisset, durchzustoßen.

Als einziger Vorteil blieb den Feinden das Eindringen in den Nordteil des St.-Pierre-Saillisset-Waldes. In den beiden Dörfern entspannen sich endlose und ohne Unterlass hin und her wogende Kämpfe, die bis zum 12. November beide Dörfer bis auf den Ostwand von Saillisset in die Hände der Franzosen brachten. Am 14. scheiterte ein umfassender Angriff der Franzosen auf den St.-Pierre-Saillisset-Wald, am 15. wurde im Handstreich das Dorf Saillisset zurückerobert, und am Nachmittag nach größter Artillerievorbereitung von den Franzosen besetzte Nordwestrand des St.-Pierre-Saillisset-Waldes wieder gesäubert. Von nun an beschränkte sich die Tätigkeit der Franzosen auf bedeutungs- und erfolglose Vorstöße in der gleichen Gegend.

Dagegen hatten um die Novembermitte die Engländer einen Erfolg an der Ancre. Von Beginn des November hatten sie begonnen, unter Einsatz von Munition schwersten Kalibers durch andauerndes Wirkungsbleiben einen großen Angriff vorzubereiten. Am 13. November begünstigte harter Nebel den längst geplanten Vorstoß, der sich nun in überraschendem Vordringen von acht bis neun englischen Divisionen beiderseits der Ancre auswirkte. An je einer Stelle nördlich und südlich der Ancre stieß der Angriff durch und verdrängte die zwischen den beiden Durchbruchstellen bei St.-Pierre-Divion tapfer kämpfenden Truppen in Planke und Rücken zu fassen. An diesem Tage blieb das lebgebliebene Dorf und das nördlich der Ancre gelegene Dorf Beaumont, am folgenden das hart nördlich des Waldes liegende Beaumont in der Hand der Engländer. Am 18. November verdichtete sich die Angriffstätigkeit der Engländer zu einem neuen ausgesprochenen Durchbruchversuch. An der Front steigerte sich das Artilleriefeuer zu gewaltiger Festigkeit. Hinter der feindlichen Front zeigte sich Kavallerie bereitgestellt, auch die englischen Grabenautos tauchten wieder auf, und auf der Front von Serre bis Gaucourt-l'Abbaye griffen fünf bis sechs Divisionen an. Während der Angriff nördlich der Ancre blutig zusammenbrach, ergab sich der Feind südlich des Waldes von Grandcourt bis Courcellette einige Vorteile; selbst in einen Teil des erstgenannten Dorfes drang ein Teil der Engländer ein, wurde aber in einem Gegenstoß herausgeworfen. Im übrigen schlug der Angriff so vollkommen fehl, daß die Engländer es für angezeigt gehalten, diesen ganzen Durchbruchversuch, an dessen furchtbarer Ernsthaftigkeit nicht der leiseste Zweifel ist, in ihren Heeresberichten völlig zu unterschlagen.

Das war aber auch vorläufig der letzte Großkampftag der Sommeschlacht. Unbedeutende und völlig ergebnislose örtliche Vorstöße und planlose Artillerietätigkeit kennzeichnen den Rest des November und auch, wie ergänzend hinzugefügt werden soll, die erste Dezemberhälfte.

Dennoch darf die jegliche anscheinende Ruhepause in den gewaltigen Anstrengungen der Entente an der Somme noch nicht als Abschluß betrachtet werden.

## Die Hyänen des Schlachtfeldes.

### Eine Klage im englischen Unterhaus.

Rotterdam, 28. Dezember. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ enthält einen Bericht aus dem englischen Unterhaus vom Donnerstag. Danach klagte Generalmajor Sir Charles Hunter über zahlreiche Diebstähle, die an gefallenen Offizieren begangen seien. In fast allen Fällen, wo die Ausrüstung nach England zurückgeschickt wurde, waren sämtliche Wertgegenstände gestohlen. Neben hundert Briefen von Eltern erhalten, über solche Diebstähle klagten; auch Generale hatten ihm darüber geschrieben. Ein General schreibt, daß in 75 Fällen die Leichen toter Offiziere vollständig ihrer Wertgegenstände beraubt worden waren. „Das muß durch unsere eigenen Leute geschehen sein“, sagte er. „Mein Blut kocht noch, wenn ich an meine toten Offiziere denke. Alles war von ihren Leichen weggenommen, Feldstecher, Uhren, Geld und Schmuckgegenstände. Die Leichen waren keinen Augenblick in den Händen der Türken gewesen. Kann man einen deutlicheren Beweis verlangen, daß unsere eigenen Leute diesen Raub begehen? Die Diebstähle scheinen zwischen der Zeit vorgekommen zu sein, wo die Offiziere in der Feuerlinie getroffen waren, und der Zeit, wo sie das Hospital hinter der Front erreichten.“

## Die Organisation des französischen Oberkommandos.

Von der schweizerischen Grenze, 29. Dezember. Wie der „Matin“ berichtet, ist das französische Oberkommando nunmehr endgültig wie folgt organisiert: An der Spitze befindet sich das Kriegskomitee, bestehend aus dem Ministerpräsidenten, dem Kriegsminister, Marineminister, Waffenminister und Finanzminister. Der Kriegsrat berät unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik. Der Kriegsminister ist beauftragt, den in Frage kommenden Ministern und den kommandierenden Generalen die vom Kriegskomitee getroffenen Entscheidungen mitzuteilen, wie den nötigen Zusammenhang in ihrer Ausführung zu bewahren, außerdem läßt er unter seiner Leitung alle die Vorbereitung und den Unterhalt des Krieges betreffenden Fragen besprechen und darüber berichten. Es gibt zwei kommandierende Generale, General Rivelle ist Oberkommandierender der Nord- und Nordostarmee; er wahrt außerdem die Verbindung mit den verbündeten Generalstäben. General Sarrail ist Oberkommandierender der Orientarmee.

## Russische Soldaten erschließen gestohene deutsche Kriegsgefangene auf neutralem Boden.

Wolffs Bureau berichtet: Nach einem Bericht des kaiserlichen Gesandten in Peking an das Auswärtige Amt sind drei aus russischer Kriegsgefangenschaft in Toroihossavsk nach Urga entkommene deutsche Offiziere: Max Graeff, Rittmeister im Sularen-Regiment König Humbert Nr. 13, Ludwig v. Werner, Oberleutnant im Jäger-Regiment zu Pferde Nr. 13, Hans v. Goffmeister, Leutnant d. R. im Badischen Leibdragoner-Regiment Nr. 20, trotz chinesischer Eskorte von russischen Soldaten verfolgt und bei dem Orie Taolin in der nördlichen Mongolei, nahe der Grenze der Inneren Mongolei, erschossen worden. Einzelheiten fehlen.

Der chinesische Resident in Urga hat beim russischen Konsul Protest eingelegt. Der Protest ist ihm mit der Erklärung zurückgegeben worden, daß er sich um chinesische Interessen in der nördlichen Mongolei zu kümmern habe, deutsche Kriegsgefangene gingen ihn nichts an.

Der kaiserliche Gesandte hat gegen diesen russischen Völkerrechtsbruch, der eine frasse Verletzung der chinesischen Neutralität bedeutet, scharfe Verwahrung eingelegt.

## Immer noch Kabinettskrise in Russland.

London, 28. Dezember. „Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg, daß die Duma Sonnabend in die Weihnachtssferien geht und daß die politische Lage sich bisher nicht geändert hat. Trepow hat kein völlig homogenes Kabinetts mit einem bestimmten politischen Programm bilden können. Man spricht fortwährend über Veränderungen im Kabinetts. Die Minister reisen beständig von und nach dem Hauptquartier. Die Gesundheit von Protopopow, die sich bald bessert, bald verschlechtert, bildet ein tägliches Thema in der Presse.

Zwei Kongresse, die vorige Woche in Moskau stattfinden sollten, nämlich ein Kongreß der Semstwo und der Städte und ein Kongreß der Kriegsindustrie-Kommissionen, wurden im letzten Augenblick verboten. Sie hatten die brennende Frage der Nahrungsmittelversorgung behandeln sollen.

Nach dem „Daily Telegraph“ verlautet in Londoner Börsenkreisen, daß auch die Stellung des gegenwärtigen Leiters der russischen Außenpolitik, des Ministers Pokrowski, erschüttert sei.

## Schiffsbetriebseinstellungen gegen Kriegsgewinnbesteuerung.

Amsterdam, 29. Dezember. Die Fischdampfer in Friesland haben ihren Betrieb eingestellt. Die Kapitäne und Maschinisten der Fischdampfer haben beschlossen, nicht mehr auszufahren, da sie die Kriegsgewinnbesteuerung angeht, die Gefahren ihres Berufs im Kriege unberechtigt hoch finden.

Rotterdam, 29. Dezember. Da die Maschinisten sich weigern anzumustern, beginnt sich die Stagnation in der Frachtschiffahrt auszudehnen.

## Umbildung des rumänischen Ministeriums.

Jassy, 28. Dezember. (Weldung der Agence Havas.) Das rumänische Ministerium ist durch Zuzug mehrerer Mitglieder der ehemaligen Oppositionsparteien umgebildet worden. Bratianu bleibt Ministerpräsident und Minister des Äußeren, Constantinescu übernimmt an Stelle von Morhum das Ministerium des Innern, Take Jonescu tritt als Minister ohne Portefeuille in das Kabinetts ein, auch Prinz Cantacuzene, Grecianu und Istrati wurden Mitglieder des Kabinetts.

Vor einigen Tagen las man, Take Jonescu wolle ins Ausland gehen. Nun wird die Ratte auf dem sinkenden Schiff festgebunden. Vermutlich jedoch bei gutem Speck.

## Der Seekrieg.

Sesant. (Holländische Meldung.) Der englische Dampfer „Copswood“ (500 Tonnen) und der norwegische Dampfer „Jda“ sind versenkt worden.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Unterbilanz des französischen Außenhandels. Bern, 28. Dezember. Nach der amtlichen französischen Statistik hat die Unterbilanz des französischen Außenhandels für die ersten elf Monate des laufenden Jahres fast dreizehn Milliarden erreicht.

Ein Kontrollrat für die Schiffahrt ist in England ernannt worden und ein beratendes Komitee von Sachverständigen ist ihm zur Seite gestellt. Ihre Aufgabe ist, die Vollendung der im Bau befindlichen Schiffe zu beschleunigen und die Ausführung eines neuen Bauprogramms von Handelsschiffen.

## Fürsorge für tuberkulose Soldaten in Italien.

Die ziemlich häufigen Fälle des Ausbruchs chronischer und auch akuter Tuberkulose unter den im Felde stehenden Truppen hat mehrere italienische Abgeordnete, darunter auch den Sozialisten Rassi, bewogen, die Frage der Tuberkulosefürsorge in der Kammer zur Sprache zu bringen. Von sozialistischer Seite wurde auf die häufig notwendigen flüchtigen ärztlichen Untersuchungen bei der Aushebung hingewiesen und auf die Notwendigkeit, die Erkrankten rechtzeitig zu isolieren. Der Minister Vianchi erklärte, daß er eine größere Sorgfalt bei der ersten Untersuchung und bei der Beobachtung in den Hospitälern empfohlen hat und stellte ein Gesetz über obligatorische Krankenversicherung in Aussicht. Die Regierung erklärte weiter, daß Bestimmungen getroffen werden würden, um die an Tuberkulose Gestorbenen oder durch sie arbeitsunfähig gewordenen Soldaten, deren Krankheit während des Dienstes erworben wurde, den an den eigentlichen Kriegsfeinden Gestorbenen oder durch sie Geschädigten in bezug auf die Pensionsberechtigung der Hinterbliebenen oder der Invaliden gleich zu stellen. Die zu der Frage eingebrachte Motion Lucchi (lib. Sozialist) wurde darauf mit geringen Abänderungen einstimmig angenommen.

Ein italienisches Gesetz über die Erbschaften. (Eigener Bericht.) Der Justizminister Sacchi hat der italienischen Kammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, der das Staatshandelsdekret vom 18. November 1916 zum Gesetz erheben soll. Dieses Dekret setzt fest, daß alle Erbschaften über den sechsten Verwandtschaftsgrad hinaus dem Staate anheimfallen sollen, soweit nicht testamentarische Bestimmungen vorliegen.

## Letzte Nachrichten.

### Bulgarischer Kriegsbericht.

Sofia, 29. Dezember. Heeresbericht vom 29. Dezember. Nordöstliche Front: Schwache Artillerietätigkeit auf der ganzen Front. Bulgarische und deutsche Artillerie beschloß bei Vitolia (Monastir) feindliche Truppen, die vor der Stadt Bewegungen ausübten. — Rumänische Front: Im nordwestlichsten Winkel der Dobrubtscha dauert die Offensive entsprechend dem Kriegsplan fort. Wir besetzen das Dorf Nachel.

### Die russische Niederlage in Rumänien.

Stockholm, 29. Dezember. (W. T. V.) Zu dem neuen Sieg der Mittelmächte in Rumänien schreibt „Dagblad“: Die größte Bedeutung der jetzigen Kämpfe, besonders in der Walachei, liegt darin, daß sie den zum Entsat Rumaniens gesandten russischen Truppen gelten, auf die man die Hoffnung auf eine Wendung der Kriegslage gesetzt hatte. Jetzt sind sie im Feuer gewesen, und daß sie nicht unbedeutend waren und keineswegs in unvorteilhaften Stellungen standen, geht deutlich aus den Heeresberichten hervor, die von erbittertem Widerstande und stark ausgebauten Stellungen sprechen. Schon die von den Verbündeten angegebene Gefangenenzahl — über 10 000! — beweist den Umfang des Sieges.

### Die niederländischen Kriegskredite.

Haag, 29. Dezember. Die Erste Kammer hat den außerordentlichen Kriegskredit von 135 Millionen angenommen.

# Gewerkschaftliches.

## Lehrlingsfürsorge im Verbands der Lithographen und Steindrucker.

Der Kampf um die Jugend wurde bisher in der Hauptsache mit politischen Gründen ausgefochten. Der ungeheure Verlust an menschlicher Arbeitskraft, den der Krieg gebracht, bewirkt ein steigendes Interesse aller Kreise für die Jugendfürsorge. Die Läden, die der Krieg in die Reihen der Arbeiter gerissen hat, müssen wieder gefüllt werden. Kein Wunder, daß selbst in den Unternehmerräumen sich die Stimmen melden, die unter dem Eingeständnis, daß die Lehrlingsausbildung im argen liegt, eine gute Fachschulbildung, bessere Volksschulbildung und ähnliches mehr fordern. So kommen die Unternehmer den Bestrebungen der Gewerkschaften aus innerer Not entgegen, denn für die Gewerkschaften ist dieses Gebiet durchaus kein Neuland.

Unter den Verbänden, die am eifrigsten darin tätig waren, darf wohl der Verband der Lithographen und Steindrucker genannt werden. Zwei im Steindruckgewerbe Hand in Hand arbeitende Berufe, Lithographie und Steindruck, die beide an der Herstellung eines Arbeitsproduktes tätig sind, haben grundverschiedene Arbeitsverhältnisse. So steht die Lithographie an der Lehrlingsfrage interessiert. Im Steindruckgewerbe ist ihre Bedeutung nie über die anderer Berufe hinausgewachsen.

Im Steindruck kann jede Arbeitskraft nur mit oder durch die Maschine beschäftigt werden. Daher ist auch die Einstellung neuer Lehrlinge von der Zahl der zur Verfügung stehenden Hand- oder Schnellpressen abhängig. Anders in der Lithographie. Sie ist fast ausschließlich reine Handarbeit, sozusagen als Vorarbeit für die Maschine erforderlich. Das Hauptarbeitsmittel, der Stein, kann beliebig transportiert werden. Der Arbeitsprozeß ist unabhängig vom Ort. So konnte sich denn auch die Heimarbeit und das Zwischenmeisterystem leicht entwickeln, die die Möglichkeit unbeschränkter Einstellung von Lehrlingen boten.

Die gefährlichste Maßnahme der Lehrlingsfürsorge für die Lithographie wurde, zeigt eine statistische Aufnahme der Berliner Lithographen vom Jahre 1901. Danach gab es in 83 Geschäften 731 Gehilfen und 479 Lehrlinge, das sind auf 100 Gehilfen 65 Lehrlinge. In den Zwischenmeisterfirmen aber zählte man 211 Gehilfen und 233 Lehrlinge.

Ueber diese und andere Resultate gab der Verband im Jahre 1902 eine kleine Broschüre heraus, in der auch auf die gesundheitlichen Gefahren des Gewerbes für körperlich schwächliche Jungen hingewiesen wurde. Mit Hilfe dieser Schrift gelang es in uner-müdlicher Aufklärungsarbeit nicht nur die Zahl der Lehrlinge zu vermindern, sondern auch die Lehrlingsverhältnisse selber wesentlich zu bessern. Eine Statistik, die im Jahre 1907 aufgenommen wurde, stellte fest, daß der Anteil der Lehrlinge von 66 Proz. auf 33½ Proz. gefallen war. Auch diese Umfrage förderte noch soviel Gutes zutage, daß der Verband aufs neue eine Broschüre über das Lehrlingswesen herausgab. Sie erweckte bei den Unternehmern viel Unbehagen. Schließlich kam durch Verhandlung mit dem Schlichter im Steindruckgewerbe eine Vereinbarung zustande, nach der die Agitation gegen die Lehrlings-einstellung vom Verbande eingestellt und an seiner Stelle ein von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam verfaßtes kleines „Merksblatt“ herausgegeben wurde.

Noch lange bevor dieser Kampf um das Wohl der Lehrlinge einen gewissen äußerlichen Abschluß fand, spielte sich eine interessante gewerkschaftliche Episode ab. Nach der großen Aus-sperkung im Steindruckgewerbe im Jahre 1906, die zum ersten Male das Eingreifen der Wirtschaftsfriedlichen als Arbeitswillige brachte, wurde im gegnerischen Lager auf Mittel und Wege gefunden, diese Arbeitswilligen für zu vermehren. Durch Zufall wurde dann öffentlich bekannt, daß der Unternehmerverband mit den Gehilfen, dem Unternehmerr-verein Senefelder in Frankfurt a. M., einen Vertrag abgeschlossen habe, wonach er sich verpflichtete, für jeden in Schutzverband be-triebenen Lehrling einen Beitrag von 25 Pf. zu zahlen. Damit sollte der Lehrling in jener Organisation Mit-glied werden und außerdem gegen Krankheit versichert sein. Diese Beiträge mußten von den Unternehmern nach der Zahl ihrer be-schäftigten Lehrlinge aufgebracht werden.

Doch der Verband traf in aller Stille Vorbereitungen für eine Jugendabteilung. Der Erfolg war überwältigend. Während der Schutzverband nach einem Jahre 671 Lehrlinge bei den Gehilfen organisiert hatte, die zum Teil nur die Unterstützung abholten, mit ihrem Herzen aber zum Verband gehörten, zählte der Verband zur selben Zeit 8397 Lehrlinge, im nächsten Jahre sogar 8698. Damit waren circa 90 Proz. aller Lehrlinge in der Jugend-abteilung des Verbandes.

Der Verband schuf eine Jugendzeitung, die sich die Förderung der Junggewerkschaften und fachtechnischen Durchbildung, der gewerkschaftlichen und allgemeinen Aufklärung der Lehrlinge aller ihr angeschlossenen Berufe zum Ziel setzte. Der Krieg spiegelte allerdings, die jetzt im 6. Jahrgang erscheinende Zeitung längere Zeit einengen zu lassen. Seit September 1918 erscheint sie wieder.

Daneben ist in den Lehrlingsabteilungen der einzelnen Mit-gliedschaften in planmäßiger Weise an der geistigen und fachlichen Weiterbildung der Mitglieder gearbeitet worden. Eine Zentral-lehrlingskommission suchte die Arbeit nach Möglichkeit zu fördern. In Berlin hatten die Mitglieder der Lehrlingsabteilung stets freien Zutritt zu den Kursen, Lichtbilder- und anderen Vorträgen des Verbands-Bildungsausschusses.

Erfreuliches Interesse erweckten in den Lehrlingsversamm-lungen die sogenannten Fachabende, in denen abwechselnd die be-ruflichen Fragen aller Sparten, nach einleitendem Vortrag eines tüchtigen Fachmannes, besprochen wurden. Zu dieser fachlichen Durchbildung trug auch die im Jahre 1913 gegründete technische Zentralkommission bei, die eine reiche Sammlung aller im Gewerbe vorkommenden Reproduktionen für derartige belehrende Abende zur Verfügung stellen konnte.

Die organisatorische Verbindung der Lehrlinge mit den Ge-hilfen wirkte umgekehrt auch auf die gewerkschaftliche Arbeit der Gehilfen für die Lehrlinge ein. Bei allen Vereinbarungen mit den Unternehmern kam die größere Fürsorge für die heranwachsenden Berufskollegen mehr noch als vordem zur Geltung. In zahlreichen Artikeln wurde in der Verbandszeitung „Graphische Presse“ den Kollegen die Unterstützung der Lehrlinge bei der Arbeit im Be-triede nahegelegt. Der Verband war die nie müde werdende trei-bende Kraft, die für gründliche Ausgestaltung der Fachklassen an Handwerker- und Gewerkschulen eintrat. In mehreren Städten sind darin anerkanntermaßen Erfolge erzielt worden. In anderen Städten sind mit Verbandsmitteln eigene Einrichtungen zur be-ruflichen Weiterbildung geschaffen worden. Durch solche Arbeit ist es dem Verband möglich geworden, die Gefahren der Lehrlings-züchterei nicht nur im Interesse der Gehilfen, sondern auch im Interesse des gewerblichen Nachwuchses selbst wirksam zu be-

### Berlin und Umgegend.

#### Aus dem Kriegsausfluß für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Bei der Zuweisung von Reklamierten an die einzelnen Betriebe wird der Wobist des Arbeiters in keiner Weise berücksichtigt. Und doch wäre das leicht zu machen. Ein Umziehen des Arbeiters in die Nähe des Betriebes ist unmöglich, da er ja nur auf Zeit reklamiert ist und damit rechnen muß, daß er nach einer bestimmten Zeit wieder zum Heeresdienst eingezogen wird. Auch sonst ist die Zuweisung der Reklamierten zu den einzelnen Betrieben in vielen Fällen keine sehr glückliche, da auch auf die Qualität des einzelnen Arbeiters und den Spezialbedarf des Betriebes wenig oder gar keine Rücksicht genommen wird. Es ist deshalb

vom Kriegsausfluß einmütig als dringend erforderlich erachtet, daß bei der Verteilung der Reklamierten auf die einzelnen Betriebe Mitberatung von sachverständiger Seite erfolgt.

Ein solcher Fall lag dem Kriegsausfluß zur Verteilung vor. Der Dreher B. von der Firma B. verlangte einen Kriegsschein. Er war als Reklamierter der Firma B. in Regel zugewiesen. Diese Zuweisung war ihm deshalb nicht recht, weil er in Friedrichshagen wohnt und nach Regel zur Arbeit muß. Das verurteilt ihm für Hin- und Rückfahrt einen Zeitaufwand von täglich etwa sechs Stunden. Da der Dreher außerdem etwas leidend ist, eine Folge seines längeren Aufenthaltes im Felde, wird ihm ausgegeben, ein Attest über seinen Krankheitszustand beizubringen, dann soll er den Kriegsschein erhalten.

Der Schlosser S. von der Königlichen Eisenbahnwerkstatt Tempelhof wünscht einen Kriegsschein; er erhalte zu wenig Lohn. S. erhält mit allen Zulagen einen Stundenlohn von 50 Pf., ein Lohn, der genügend Anlaß gegeben hätte, das Verlangen des Schlossers als berechtigt erscheinen zu lassen. Da vom Betrieb keine Vertretung anwesend war, auch keinerlei Mitteilung von der Betriebsleitung eingelaufen ist, mußte schon aus diesem Grunde dem Schlosser ein Kriegsschein erteilt werden.

Der Schraubendreher H. von der Firma St. will einen Kriegsschein, weil er seine Schraubendrehbank an der er bislang einigermaßen verdient hatte, mit einer anderen Bank vertauschen möchte, an der er auch nicht annähernd zu einem ausreichenden Verdienst kam. H. ist erst vor kurzem als Schraubendreher angelernt worden und ist es deshalb zu verstehen, daß er an dem neuen Platz sich nicht gleich zurechtfindet. Der Kriegsausfluß macht den Vorschlag, daß H. für einige Wochen zu seinem Akkordpreise einen Zuschlag bekommt, weil erwartet werden kann, daß H. in einigen Wochen auf einer neuen Bank eingearbeitet sein wird. Die erteilung eines Kriegsscheins erübrigt sich hiernach. (2)

## Soziales.

### Zurückführung schwer beschädigter Kriegsverletzte ins alte Arbeitsleben.

Ueber die Voraussetzungen, unter denen im Kriege schwer beschädigte Industriearbeiter dem industriellen Leben dauernd wieder zugeführt werden können, hat der Elektrotechnische Verein Zeitsätze herausgegeben. Er hat sich dabei die Erfahrungen mit der Beschäftigung noch nicht vom Heeresdienst entlassener Kriegsbeschädigter in den Werkstätten der Akkumulatorenfabrik in Oberschöneweide zu-nutze gemacht.

Der Speisesaal dieser Fabrik ist während des Krieges als Lazarett eingerichtet worden, und der Oberingenieur Dr. Ledmann hat die dadurch gegebene Verbindung zwischen Lazarett und Fabrik zu Versuchen benutzt, die Kriegsbeschädigten im Betrieb zu beschäftigen. Die Lazarettinsassen, die geneigt sind, zu arbeiten — wobei kein Zwang ausgeübt wird —, werden im Betriebe zu solchen Arbeiten herangezogen, die sie verrichten können. Sie erhalten dabei ohne Rücksicht auf ihre Leistungen einen Stundenlohn von 40 Pf. Sie werden auch, wenn ihre Leistungsfähigkeit wieder soweit hergestellt ist, daß sie Akkordarbeiten verrichten können, mit solchen beschäftigt, wobei auch wieder als Mindestlohn der früher an sie gezahlte Stundenlohn angesehen wird. Verdienen sie mehr, wird ihnen der Mehrbetrag ausbezahlt.

Der Elektrotechnische Verein hat durch einen Untersauschuß die dort gemachten Erfahrungen prüfen lassen, und dessen Arbeiten haben sich nach zu folgenden Zeitsätzen verhalten:

1. Schwer Beschädigte Industriearbeiter bedürfen in vielen Fällen zu ihrer Wiederherstellung der Arbeit in der Werkstatt, die ärztliche Heilung und etwa notwendige Ausrüstung mit Ergänzungsgeräten genügt bei ihnen nicht.

2. Der Zweck dieser Arbeit (Arbeits-therapie) besteht darin, die kriegsbeschädigten Glieder durch Bewegung wieder arbeitsfähig zu machen, die Geschicklichkeit der geübten Glieder zu erhöhen und dem Arbeiter mit seinen veränderten körperlichen Verhältnissen den Berufs-aufgaben wieder anzupassen. Daneben dient die Arbeit in der Werk-statt der Auswahl geeigneter Ergänzungsgeräten und anderer Hilfsmittel, wie der Anpassung des Arbeitsgerätes an die Bedürfnisse des Ar-beiters.

3. Die Arbeitstherapie soll möglichst frühzeitig, jedenfalls noch während der Lazarettzeit einleiten. Sie bedarf der Aufsicht durch den Arzt und den Ingenieur. Der Arzt hat die Art und das Maß der körperlichen Beanspruchung, der Ingenieur Auswahl und Ver-urteilung der Arbeit zu überwachen.

4. Die Arbeitstherapie erfordert Einzelbehandlung der Kriegs-beschädigten und Eingehen auf deren persönliche Bedürfnisse. Die Kriegsbeschädigten sind mit der gebotenen Rücksicht auf ihre Sicher-heit möglichst zwischen geübten Arbeitern zu beschäftigen; ihre Leistung ist nach Dauer und Güte zu überwachen und ein dem Wert der Arbeit entsprechender Lohn (für Anfänger ein Mindestlohn) zu gewähren. Für diese Arbeitstherapie sind Industriebetriebe am besten geeignet; in Lazarettwerkstätten lassen sich die gestellten Be-dingungen im allgemeinen nicht erfüllen.

5. Die ärztliche und sachmännliche Aufsicht bei der Arbeits-therapie soll sich auch auf Berufsberatung erstrecken.

6. Eine sachmännliche Schulung und theoretischer Unterricht ist nur in vereinzelten Fällen und bei befähigten Personen neben der praktischen Arbeit zu empfehlen.

### 50-Minutenbetrieb für Arbeiterinnen in einer schweizerischen Fabrik.

Nach den letzten schweizerischen Fabrikinspektorenberichten ist im dritten Inspektionskreise in der Rührerabteilung einer Fabrik mit dem 50-Minutenbetrieb ein interessanter Versuch mit der Arbeitszeit-verbesserung gemacht worden und zwar derart, daß nach je 50 Minuten eine Pause von 10 Minuten eingehalten wurde. Die Arbeiterinnen mußten ihre Arbeitsplätze verlassen und sich im Freien tummeln. Die Einrichtung wurde von ihnen willkommen geheißen, um so mehr, als es sich herausstellte, daß sie bei dieser Zeiteinteilung mehr verdienten als früher (bei Stückarbeit). Der Fabrikant konstatierte eine Mehrleistung von durchschnittlich 25 Proz. Die schlechteste Arbeiterin zeigte keine Mehrleistung, die beste eine solche von 40 Proz. Im Zusammenhang mit diesem Versuche war die Verchiebung des Arbeitsbeginnes auf 7½ Uhr morgens, täglich wurde 9 Stunden, d. h. 5mal 50 Minuten gearbeitet, was 7½ effektive Arbeitsstunden ergibt.

Da nichts gesagt wird in dem Berichte, daß diese interessante Neuerung wieder aufgegeben worden wäre, muß man annehmen, daß sie bis auf weiteres beibehalten wird. Hauptsächlich erfährt man darüber noch etwas Näheres, wo die Fabrik ist, wie ihre sonstigen Arbeits- und Lohnverhältnisse, wie die Arbeiterinnen damit zu-frieden sind usw. Der interessante Fall ist so wichtig, daß es dringend wünschenswert erscheint, seine näheren Einzelheiten kennen zu lernen.

### Versicherungspflicht der Polen.

Ueber die Versicherungspflicht der während des Krieges in Deutschland zurückgebliebenen russisch-polnischen Arbeiter hat das Reichsversicherungsamt am 2. Dezember folgenden Bescheid erlassen: Seit dem 5. November 1916, dem Tage der Errichtung des Königreichs Polen, können die bisherigen russisch-polnischen Arbeiter nicht mehr als Angehörige eines feindlichen Staates angesehen werden. Demnach sind sie, soweit sie in Deutschland leben, versicherungspflichtig auch nicht mehr als unfrei zu betrachten. Sie unterliegen daher nunmehr der deutschen Sozialversicherung. Eine Änderung ist damit übrigens nur für die seit Kriegsbeginn in Deutschland verbliebenen russisch-polnischen Arbeiter eingetreten, denn soweit sie später zur Arbeit hierher gekommen sind, fielen sie nach der Rechtsprechung des RVA. auch bisher schon unter die Versicherung. Die Vorschriften der Reichsversicherungs-ordnung über das Ruhen der Unfallrente im Ausland und den Ausschluss des Anspruchs auf Bewährung der Hinterbliebenenrente gelten für die in Betracht kommenden Personen nicht. Denn diese

Vorschriften sind bereits durch den Bundesratsbescheid vom 14. Juni 1916 (Reichsgesetzblatt S. 515) zugunsten derjenigen Aus-länder und ihrer Hinterbliebenen außer Kraft gesetzt worden, die vor ihrer Beschäftigung im Inland ihren letzten gewöhnlichen Aufenthalt in russisch-Polen hatten. Dieser Bescheid kommt jetzt auch den bereits seit Kriegsbeginn in Deutschland befindlichen Polen zugute, da er in der Regel auch auf sie zutreffen wird.

Durch diesen Bescheid sind die bei Kriegsbeginn in Deutschland zurückgebliebenen russisch-polnischen Arbeiter seit dem 5. November 1916 der Versicherung unterstellt. Für die Zeit vor diesem Tage gelten sie noch immer als unversichert. Wenn wir recht unterrichtet sind, wird sich jedoch in Kürze der Große Senat des Reichsversicherungs-amts mit der Frage zu beschäftigen haben, ob sie nicht doch als versichert anzusehen sind, da einer der Spruchsenate von der bis-herigen Rechtsprechung abzuweichen will.

## Berichtszeitung.

### Eine haltlose Diebstahlsbeziehung.

Seit Anfang Januar 1915 war beim Direktor Frank Edelmann von der Solmer Flugzeugwerft die Wirt-schafterin Franziska B. in Stellung. Obwohl sie zu einem alleinstehenden Herrn engagiert worden war, gestellte sich alsbald im Haushalt als ständige Begleiterin das 23jährige Fräulein Frieda Schr. hinzu, das im Hause des E. Wohnung nahm und auch mit ihm seine Berliner Wohnung teilte. Alsbald stellten sich allerlei Unzuträglichkeiten ein. Als am 20. Januar E. mit der Schr. im Auto nach Berlin fuhr, hat die Schr. beim Waschen einen wertvollen Brillantring im Zimmer liegen lassen, und als sie wiederkam, war der Ring verschwunden. Später vernichtete Direktor Edelmann eine Wusennadel. Für beide Verluste wurde die B. verantwortlich ge-macht. Als dann die B. am 31. Januar Ansat und Fall entlassen worden war und ihr nur zirka 20 Minuten Zeit gelassen wurden, ihre Sachen einzupacken, entschloß sich der Dienstherr im Beisein der Schr., eine Revision ihres Gepäcks vorzunehmen. Dabei fand er unter ihren Sachen zwei Streichholzschachteln, in die er sein Mono-gramm gezeichnet hatte, und ein Taschentuch, das dem seinen ähnlich sah. Nach diesem „überwältigenden“ Befunde wurde der B. die Auszahlung ihres Lohnes verweigert und sie wegen des Diebstahls des Ringes, der Wusennadel, einiger Wäschestücke der Schr. und der Streichholzschachteln und des Taschentuches angezeigt. Das Pots-damer Schöffengericht, dem zugegeben wurde, daß die Wusennadel sich später in einer Jacke der Schr. vorgefunden hatte, beurteilte die Angeklagte, die bisher die glänzendsten Zeugnisse besaß und überall Vertrauen genoss, wegen des Diebstahls der Streichholzschachteln und des Taschentuches zu — einer Woche Gefängnis. Durch Berufung lockten der Amtsanwalt und die Ange-klagte das Urteil an. Die Potsdamer Strafkammer er-nahm eine eingehende Beweisaufnahme vor, in der sich die Angaben der Zeugen nicht als so schlüssig und zuverlässig herausstellten, wie es der ersten Instanz erschienen war. Die Schr. mußte zugeben, daß ihr das Abhandenkommen von Wäschestücken erst später durch die Wäschfrau bekannt geworden sei und auch Direktor Edelmann ver-mohte nicht mit Bestimmtheit zu sagen, ob die B. am 20. Januar nicht nach ihm, sondern vor ihm das Haus verlassen hatte und dem-nach der Brillantring der Schr. noch gar nicht vernichtet sein konnte. Auch daß eine Lohnklage der Angeklagten gegen ihn schwebte, mußte er zugeben. Endlich ergab sich auch eine Ähnlichkeit der von der Angeklagten aus ihrem Besitz vorgelegten Taschentücher mit denen des Zeugen. Dieses Beweisergebnis hinderte zwar den Staats-anwalt nicht, die Angeklagte auch als die Diebin des Brillantringes und der anderen Gegenstände anzusehen und einen Monat Gefängnis zu beantragen. Die Potsdamer Strafkammer folgte jedoch in allen Punkten den Ausführungen des Verteidigers, der die Aneignung der Streichholzschachteln und des Taschentuches als die Folge des schnellen Zusammenstehens der Sachen der B. ansah. Die Angeklagte wurde freigesprochen, da gegen sie nicht die Absicht eines rechtswidrigen Zusammenstehens festzustellen war. Für das Verschwinden der Kostarbeiten konnte sie kaum in Frage kommen und bezüglich der Wäsche sei es wohl möglich, daß in dem doppelten Haushalt männlich verzeilt wurde.

Geschlossenes Werkzeug. Einem Mechaniker war nach Schluß seiner Arbeitszeit eine ihm gehörende Schublehre und eine Mikro-meterschraube, die er auf seinem Arbeitsplatz hatte liegen lassen, abhanden gekommen. Er beanspruchte durch Klage beim Ge-werbegericht, daß ihm der Arbeitgeber den durch Diebstahl des Werkzeuges entstandenen Schaden von 37,50 M. erweise. Der Kläger berief sich darauf, daß ihm ein verfallbarer Werkzeugkasten nicht zur Verfügung gestanden habe, auch habe er nicht gewußt, daß nach Schluß seiner Arbeitszeit andere Arbeiter zur Nach-schicht kamen. Wenn er das gewußt hätte, würde er sein Werkzeug mit nach Hause genommen haben. — Der Vertreter der beklagten Firma bestritt deren Schadenerschaftspflicht, indem er ausführte: Der Kläger habe nicht nötig gehabt, sich eigene Werkzeuge zu halten, da solche auf Erfordern von der Firma geliefert würden. Raffen zur Aufbewahrung der Werkzeuge seien vorhanden, aber infolge eines eben stattgehabten Umzuges der Fabrik noch nicht mit Schlössern versehen gewesen. Nachdem der Kläger den Diebstahl gemeldet hatte, sei ihm ein Schloß für den Werkzeugkasten zur Verfügung gestellt worden.

Der Vorsitzende gab der Ansicht Ausdruck, daß beiden Parteien ein gewisses Verschulden des Schadens zugesprochen werden müsse. Der beklagten Firma, weil sie nicht für verschließbare Werkzeug-kästen gesorgt habe, und dem Kläger, weil er trotzdem das wertvolle Werkzeug auf seinem Platz liegen ließ, ansatz es mit nach Hause zu nehmen. — Aus diesen Gründen riet der Vorsitzende zu einem Vergleich auf die Hälfte der Forderung des Klägers. — Der Ver-gleich kam denn auch zustande.

### Die Freundin des Gefallenen.

Ein Baumeister N. unterhielt mit einem Fräulein R. seit neun Jahren ein Verhältnis und hatte noch kurz vor dem Kriege für die Riete der ihr eingerichteten Wohnung die Bürgschaft gegenüber dem Hauswirt übernommen. R. zahlte auch stets regelmäßig die Wohnungsmiete; als er jedoch im Mai 1915 fiel, unterließen es die Erben, Frä. R. in gewohnter Weise weiter zu unterstützen. Da sie dem Wirt gegenüber als Mieterin galt, so war sie an den bis 1. Oktober 1917 laufenden Vertrag gebunden und mußte selber die Riete bezahlen. Demgemäß klagte sie gegen den Testamentvoll-strecker auf Rückzahlung der bereits gezahlten und Anrechnung der Verpfändung zur Rietzahlung bis Vertragsablauf. Während das Landgericht in dem Verträge des Gefallenen mit seinem „Verhältnis“ eine unsittliche Handlung erblickte, der ein Rechtschutz nicht zuzubilligen sei, hielt das Oberlandes-gericht das Verhalten der Klägerin für gerechtfertigt und gab der Klage gegen den Testamentvollstrecker statt. In der Begründung heißt es u. a.: Es können zwar Per-sonen, die in einem sog. „Verhältnis“ zueinander leben, gültige Rechtsgeschäfte miteinander eingehen, aber häufig werden auch Rechtsgeschäfte zwischen solchen Personen als gegen die guten Sitten verstoßend angesehen werden müssen; z. B. wenn ein Darlehen gewährt wird, um ein Mädchen gefügig zu machen. Hier liegen aber die Tatsachen durchaus anders. Bei dem Verhältnis beider zuein-ander verhandelt es sich ganz von selbst, daß N. für eine Wohnung sorgte. Verweggrund und Zweck dieses Tuns war, seine im Testa-ment bezugte Dankbarkeit und Zuneigung zu der Klägerin und die seit Jahren bestehende tatsächliche Gestaltung, nach der er ihren Unterhalt bestritt. Das kann auch dann nicht sittenwidrig sein, wenn die Wohnung zugleich dem Verlehr der Klägerin mit N. dienen sollte. Dem allgemeinen Empfinden über das, was den guten Sitten entspricht, mag es zuwiderlaufen, eine solche Verbin-dung zu haben und zu pflegen. Wenn aber solche einmal mit dem Gepräge der Dauerhaftigkeit vorhanden sei, so könne es nicht als unsittlich gelten, die daraus sich ergebenden wirtschaftlichen Folgen auf sich zu nehmen.

# Die Beherrschung des Kohlenhandels durch die Zechensyndikate

Von Otto Suer.

Gegen den in der Nr. 344 des „Vorwärts“ veröffentlichten Artikel: „Wider den Kohlenwucher“ wendet sich in einer Zuschrift an die Redaktion d. Bl. der Verband der Vereine selbständiger Holz- und Kohlenhändler von Berlin und Umgegend. In der Zuschrift wird der Versuch gemacht, den von mir errechneten großen Preisunterschied von etwa 128 M. pro 10 Tonnen Briketts zwischen dem Syndikatspreis ab Anhalter Bahnhof (etwa 172 M.) und dem Kleinhandelsverkaufspreis in Groß-Berlin (mindestens 1,50 Mark pro 100 Stück freier Keller, oder mindestens 300 M. pro Ladung von 10 Tonnen) zu erklären. Ein Vertreter des Kohlenhändlerverbandes teilt in dem Schreiben mit, heute seien für die Ladung vom Bahnhof bis zum Händlerlager „45 Mark und mehr Fuhrlohn zu zahlen“; für das „Hinschaffen“ der Briketts zu den Verbrauchern müßten heute, „bei den hohen Arbeitslöhnen“... „mindestens 50 Mark pro 10 Tonnen“ gerechnet werden, kämen noch hinzu 2 Mark Frachtbriefstempel und die Warenumsatzsteuer! Ich weiß nicht, wie hoch sich im Einzelfalle die Warenumsatzsteuer stellt: nehmen wir an 3 Mark pro 10 Tonnen, dann kämen wir zu einem Selbstkostenpreis für den Zwischenhandel von höchstens rund 272 Mark pro 10 Tonnen (Syndikatspreis bis Anhalter Bahnhof höchstens 172 Mark, 100 Mark Fuhr-, Einkellerungs- und Steuerkosten). Bleiben noch 28 Mark pro Ladung oder 2,80 pro Tonne Ueberschuss. Wie sich dieser verteilt, ist nicht angegeben. In der Zuschrift wird weiter gesagt, beim Selbstabholen vom Lager des Händlers stelle sich für den Verbraucher, wenn er 10 Zentner und mehr abnimmt, der Verkaufspreis für 10 Tonnen Briketts auf 260, Koffer auf 250, Krone auf 240, Vulkan auf 230 M. Dieser Erlös könne in Anbetracht der hohen Lebensmittelpreise dem Händler gewiß nicht als „Bucherpreis“ angerechnet werden.

In meinem Artikel erwähnte ich schon, daß bei einer Nachprüfung der jetzigen Brikettpreise durch die Preisprüfstelle vielleicht festgestellt werden dürfte, daß der Gewinn der „kleinen Händler“ unter den jetzigen Verhältnissen „nicht wesentlich höher“ sei als vor dem Kriege. Man müsse auf die Quelle der Preisbildung zurückgehen, d. h. es sei zu untersuchen, ob die Preisstellung des Syndikats und des mit ihm nächstverwandten Großhandels in einem angemessenen Verhältnis zu den notorisch niedrigen Gesehenskosten in der Braunkohlen- und Brikettindustrie stünde! Darauf kommt es an, und eben diese syndikatsseitige Preisfeststellung halte ich für übertrieben. Inzwischen ist dem Werksyndikat regierungsfreig ab 1. Januar ein neuer Preisaufschlag von 10 M. pro Ladung zugestimmt worden, so daß dann der Syndikatspreis ab Wert auf 142 M. (vor dem Kriege 110 M.), der Brikett-Preis auf 152 M. (vor dem Kriege 120 M.) zu stehen kommt. Nur naive Seelen können annehmen, daß sich von dem genannten Zeitpunkt an die Preise pro 100 Stück Briketts nur um 5 Pf. erhöhen würden. Nach amtlichen Preisangaben wurden im Juni 1914 in Groß-Berlin 100 Stück Briketts für 0,85 M. frei Keller geliefert. Im November 1916 war schon eine Preissteigerung von über 75 Proz. seit Kriegsbeginn, während der Syndikatspreis ab Wert gleichzeitig 18-19 Proz. erhöht wurde. Wie erklärt sich dieser kolossale Mehrzuschlag zum Kleinhandelspreis?

Einen Fingerzeig zur Erklärung dieses Mehrzuschlages gibt uns die Zuschrift des Kohlenhändlerverbandes. Darin heißt es nämlich über die Inkosten des Zwischenhandels:

„Es kommt ferner mit hinzu, 2 Mark Frachtbriefstempel (pro Ladung) und die Warenumsatzsteuer einmal für den Großhandel, die der Kleinhandel zu zahlen hat (M) — weil die Verträge aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des Gesetzes bestehen —, dann die eigene Umsatzsteuer...“

Diese Aufklärung ist außerordentlich lehrreich für den Gesehgeber. Wir erfahren, daß einmal der Großhandel die Umsatzsteuer auf den Kleinhandel abwälzt und dieser muß dann nochmals die eigene Umsatzsteuer zahlen! Unsere Genossen im Reichstag haben vorausgesetzt, daß die Warenumsatzsteuer zu Lasten der wirtschaftlich schwächeren Kleinhändler gehen und daß die Steuer mehrmals von derselben Ware erhoben werden würde, also eine mehrmalige Besteuerung des Konsumenten erfolge. Die Zuschrift des Kohlenhändlerverbandes bestätigt die ausgesprochenen Befürchtungen durchfälligkeit.

Was uns die Zuschrift erzählt, ist aber keineswegs ein Ausnahmefall. Mir liegen im Auszuge die Verkaufs- und Lieferungsbedingungen des Niederlausitzer Brikettsyndikats für 1916/17 vor. Dort heißt es generell: Frachtkundenstempel gehen zu Lasten des Empfängers... Die in dem Vertrag festgesetzten Preise gelten bis auf weiteres. Werden den liefernden Werken oder dem Syndikat Lasten durch behördliche Anordnungen auferlegt oder bestehende erhöht, so erhöhen sich die Verkaufspreise dementsprechend.

Nun kann der Gesehgeber nur Steuern beschließen, sobald er will, erhöhen sie die „Lasten“ des Syndikats oder der liefernden Werke, dann ist durch eine automatische Preiserhöhung, die zunächst der Zwischenhändler, endlich der Konsument zu büßen hat, dafür gesorgt, daß die Gruben- und Fabrikbesitzer schadlos bleiben!

In einem Lieferungsvertrag, der kurz vor dem Kriege abgeschlossen wurde, befindet sich die Verpflichtung zur Steuerbezahlung noch nicht. Es ist wichtig, so festzustellen und auf wem die Kriegslasten abgewälzt werden. Döfner muß allein die Konsumenten maff!

Diese Manipulation ist wohl allgemein Syndikatsgebrauch geworden, denn auch das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat hat in den neuen Lieferverträgen sich entsprechende Preiserhöhungen vorbehalten, wenn neue Reichs- oder Landessteuern die Selbstkosten erhöhen sollten. Ferner heißt es in dem normalen

Lieferungsvertrag, den das Rheinische Brikettsyndikat (Köln) mit dem Zwischenhandel für 1916/17 abschloß:

Die Preise verstehen sich für eine Tonne von 1000 Kilogramm frei Eisenbahnwagen auf dem liefernden Werk... Sie erhöhen sich um den Betrag der Reichs- oder Landessteuer, mit dem die Erzeugung unserer Werke belastet werden sollte... Der Frachtkundenstempel, die Gebühren für zollamtliche Abfertigung sowie alle etwa während der Vertragsdauer gesällig zur Einführung kommenden Verkehrsabgaben gehen zu Ihren Lasten!...

Durch dieses Verfahrenbürden die Syndikate dem von ihm abhängigen Zwischenhandel von vornherein alle neuen Frachten- und Steuerlasten auf; von dort wird natürlich alles auf die Konsumenten abgewälzt. Die Syndikate brillieren vor der Öffentlichkeit mit ihrer „mäßigen Preispolitik“, indem mit den „Nichtpreisen“ operiert wird, von den höheren Verkaufspreisen und der Abschlebung neuer Steuerlasten usw. Lasten auf Weiterverkäufer und Verbraucher schweigt des Sängers Söflichkeit. Vielmehr wird bei Kohlenpreiserhöhungen auch auf eben die neuen Lasten verwiesen, welche die Grubenbesitzer und Syndikatsverwaltungen gar nicht bezahlen!

Nun wird man fragen: „Ja, warum lassen sich die Weiterverkäufer diese Manipulation, durch welche sie in den Geruch von besonders rigorosen Preissteigerern kommen, ruhig gefallen?“ Einfach deshalb, weil Wien muß! Die, privatkapitalistische Monopolmacht der Syndikatsherren hat sich so gewaltig entwickelt, daß die Kohlenhändler auf Gnade und Ungnade den Zechenkartellen ausgeliefert sind. Und zwar so sehr, daß die Händler nicht einmal wagen, sich öffentlich über diese Abhängigkeit zu beklagen.

In einem Lieferungsvertrag beispielsweise des Niederlausitzer Brikettsyndikats heißt es, der Händler habe für rechtzeitige Begleichung der Rechnungen bis zum 10. des der Lieferung folgenden Monats „in Vor ohne Abzug“ zu sorgen; er muß die bestellten Mengen unbedingt abnehmen und auf Wunsch ein Kaufpfand hinterlegen. Dagegen verpflichtet sich das Syndikat nicht, die nicht rechtzeitig abgelieferten Mengen nachzuliefern. „Söhre Gewalt“ — darunter u. a. auch Streiks, Aussperrungen, Arbeiter- und Wagenmangel — entbindet überhaupt für die Dauer der Unterbrechung und im Verhältnis zu ihr von der Lieferung, zur Nachlieferung besteht keine Verpflichtung. Die neuen Lieferungen aber können zu höheren Preisen abgeschlossen werden! Also haben es die Syndikatswerke in der Hand, sich auch durch eine Arbeiteraussperrung von der Lieferungspflicht zu befreien und dadurch höhere Verkaufspreise zu erzielen! Der Händler muß sich das gefallen lassen, der Konsument auch. Das Syndikat schreibt den Händlern die Preisaufschläge, die Rabatte für Weiterverkäufer, das Absatzgebiet, den Kreis der zu bedienenden Konsumenten genau vor. Mit einem Aufschlag von 5 M. pro 10 Tonnen auf den „Bucherpreis“ müssen die Briketts verkauft werden. In dem Liefervertrag des Rheinischen Brikettsyndikats heißt es:

Sie verpflichten sich ausdrücklich, bei Weiterverkauf folgende festen Preisaufschläge auf die Einkaufspreise zu nehmen: 0,80 M. für die Tonne an Händler; 1,50 M. für die Tonne an alle sonstigen Abnehmer. Soweit für Plätze Ihres Verkaufsgebietes Vereinbarungen über Kleinderkaufpreise mit unserer Zustimmung (!) getroffen sind oder werden, sind sowohl Sie wie Ihre Abnehmer verpflichtet, die festgesetzten Preise und Verpflichtungen einzuhalten.

Daraus geht hervor, daß das Syndikat den Zwischenhandel bis auf die Festsetzung der Kleinhandelspreise dirigiert und kontrolliert. Sinngemäß ähnliche Vorschriften befinden sich auch in den uns sonst noch bekannten Lieferverträgen der anderen Kohlen- und Brikettsyndikate. Demzufolge ist im Kohlen- und Briketthandel nicht etwa der Kleinhandel ohne weiteres für Preissteigerungen verantwortlich zu machen, sondern selbst die Kleinhandelspreise entstehen durch die Werksyndikate.

Wer von den Weiterverkäufern gegen die Abnahme, Verkaufs- und Preisvorschriften der Syndikate verstößt, hat schwere Geldstrafen, im Wiederholungsfalle Materialsperrung, also Geschäftsruin zu gewärtigen! So bestimmt das Niederlausitzer Brikettsyndikat, daß der Weiterverkäufer für jeden nicht nach Vorschrift verkauften oder angebotenen Waggon à 10 Tonnen eine Vertragsstrafe von 10 M., mindestens aber 50 M. und höchstens 5000 M. an das Syndikat zu zahlen hat! Sollte zweimalige Zuwiderhandlung vorliegen und ist „eine fernere Vertragsstrafe von mindestens 1000 M. wegen vorläufiger Zuwiderhandlung“ verhängt worden, dann kann das Syndikat sofort alle Lieferungen einstellen. Dann kann der Händler sein Geschäft schließen. Die Vertragsstrafen werden unter Ausschluss des ordentlichen Gerichtsverfahrens durch von den Syndikaten eingesetzte Schiedsgerichte verböhrt. Dagegen soll sich der Verstraft nur einmal durch die Flucht an die Öffentlichkeit zur Wehr setzen! Dann ist er totschick „fertig“. Die Syndikatsvereinbarungen sind so weitreichend, die Verabredungen zwischen den einzelnen Syndikaten sind so umfassend, daß ein „renitent“ Händler sich vergeblich nach anderen Lieferanten umsehen wird. Desto vergeblicher, je einheitlicher die Syndikatsorganisation geworden ist. So lange es im rheinisch-westfälischen Kohlenbecken noch Nichtsyndikatszechen gab, vermochte sich allenfalls der Zwischenhändler dort einzudecken. Nachdem aber mit tatkräftiger Hilfe der Regierung sämtliche Zechen syndiziert sind, heißt es für den Händler: „Vogel, friß oder stirb!“ Entweder er unterwirft sich dem Syndikatsgebot oder er kann seine Bude schließen. Das macht leicht begreiflich, warum die nun syndikats-eigenen Kohlenhändler sich mit ängstlicher Sorgfalt hüten, das Syndikatsgebahren zu kritisieren, sich höchstens damit begnügen, ihre Samnerzen in vertraulichen Schreiben mitzuteilen, aber um des Himmels willen bitten, „keinen Namen zu nennen“. Gerliche Zustände, nicht wahr!

# Politische Uebersicht.

## Die Nachwahl in Spandau-Osthavelland.

Wie schon berichtet, wurde in einer Generalversammlung des Kreises Spandau-Osthavelland Franz Mehring mit neun von einunddreißig gegen acht Stimmen, die auf den Arbeitsgemeinschaftler Sieab und vierzehn, die auf den Reichstagsanhänger Stahl fielen, aber von der oppositionellen Majorität für „ungültig“ erklärt wurden, zum Reichstagskandidaten aufgestellt. Mehring hat dem Kreisvorstand nunmehr mitgeteilt, daß er die Kandidatur annehme.

Der Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg sendet dazu folgende

### Erklärung:

Der Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg nahm am 9. Dezember 1916 Stellung zu den Vorgängen bei der Aufstellung eines Reichstagskandidaten für den Reichstagswahlkreis Spandau-Osthavelland.

Entsprechend seinem früheren Beschluß erachtet er die Erhaltung des Mandats für die sozialdemokratische Partei, die unter der Beachtung des Burgfriedens leicht erreichbar war, für notwendig. Der Widerspruch des Vertreters des Bezirksvorstandes gegen jede Kandidatur, die den Burgfrieden aufheben und die Erhaltung des Mandats gefährden würde, erfolgte in seinem Auftrage.

Die Art, in welcher die Kandidatenaufstellung nun erfolgt ist, nahm den Anhängern der Fraktionsmehrheit die Möglichkeit, für einen Kandidaten der Mehrheit zu stimmen. Sie steht im Widerspruch mit jeder bisher üblichen Praxis, die in Fällen wie diesem nur die Abstimmung in zwei Wahlgängen kennt, bei denen in der Stichwahl zwischen den beiden die meisten Stimmen auf sich vereinigenen Kandidaten die Anhänger der ausfallenden, also der schwächsten Gruppe, den Ausschlag geben. Im Gegensatz dazu hat man hier durch die Abstimmung, ob ein Kandidat der aus zwei Gruppen bestehenden Opposition oder einer der Mehrheit aufgestellt werden solle, die stärkste Gruppe bei der Abstimmung über die Person des Kandidaten ausgeschiedet.

Dieses Verfahren, durch das zwei Gruppen eine dritte, die allein fast ebenso stark ist wie sie zusammen, vor der Wahl des Kandidaten des Stimmrechts berauben, bringt in der Partei, bei den Vorbereitungen zur Reichstagswahl, ein Wahlrecht zur Einführung, das nicht nur mit dem Wahlrecht zum Reichstag selbst in förmlichem Widerspruch steht, sondern überhaupt in keinem Wahlrecht, und sei es so schlecht wie das preussische Dreiklassenwahlrecht, etwas ähnlich Entschieden- des als Parallele aufweisen kann. Dazu kommt noch, daß die Anhänger der Opposition, mit 17 gegen 15 Stimmen, ihre zwei Stimmen betragende Mehrheit nur durch die Gültigkeitserklärung zweier unter allen Umständen ungültiger Mandate erreichen.

Der Einspruch des Bezirksvertreters findet deshalb die volle Billigung des Bezirksvorstandes.

In der Prüfung der Frage, ob der Parteivorstand zur Entscheidung der hierdurch entstandenen Differenz, laut § 19 des Organisationsstatuts, angerufen werden soll, entschied der Bezirksvorstand:

Der Entscheid des Parteivorstandes könnte nur zur Folge haben die erneute Einberufung einer Generalversammlung in der gleichen Zusammensetzung wie am 3. Dezember 1916. Die Herbeiführung eines Resultats durch diese, das unter Vermeidung eines Wahlkampfes, durch Erhaltung des Burgfriedens, der Partei das Mandat sichert, ist aber unmöglich, nachdem die Vertreter der Opposition die bestimmte Erklärung abgegeben haben, daß sie „das Mandat lieber einem Konservativen, wie einem Anhänger der Fraktionsmehrheit“ überlassen würden.

Die Vertreter der Gruppe „Internationale“, die in Spandau ihren Sitz hat, erklärten weiter, daß sie sich auch einer Kandidatur der „Arbeitsgemeinschaft“ nicht fügen würden.

Trotz dieser bestimmter Erklärung, einem Kandidaten der Mehrheit in der Reichstagskandidatur entgegenzustellen, kann der Bezirksvorstand sich nicht dazu entschließen, die Aufstellung eines Reichstagskandidaten gegen den mit 9 gegen 24 Stimmen und einer Enthaltung aufgestellten Kandidaten der die Parteipaltung propagierenden Gruppe „Internationale“ herbeizuführen. Er kann dies um so weniger, als dadurch die von der Opposition bewußt herbeigeführte Auslieferung des Mandats an die bürgerlichen Parteien — nach der oben erwähnten Erklärung — nicht verhindert würde.

Der Bezirksvorstand lehnt im Einverständnis mit den Parteigenossen des Kreises, die auf der Kreisgeneralversammlung für die Erhaltung des Mandats in seinem Sinne wirkten, jede Verantwortung für dieses parteiübergreifende Treiben ab.

Er verzichtet auf die Entscheidung des Parteivorstandes und weist die volle Last der aus dem Beschlusse der Generalversammlung vom 3. Dezember 1916 folgenden Ergebnisse denen zu, die ihn gefaßt haben.

Der Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg.

## Eine dankte Geschichte.

Gegen Herrn v. Bethmann Hollweg schwebt wieder einmal bei der „Kreuzzeitung“ ein Disziplinarverfahren wegen Begünstigung sozialdemokratischer Antriebe. Und zwar wird der Reichskanzler diesmal durch die Plume befaßigt, entweder der Redaktion des „Vorwärts“ die an Frankreich zu stellenden Friedensbedingungen zugesiegt oder sich doch gegen den Verdacht einer solchen Handlungsweise nicht gewehrt zu haben! Würden wir nicht fürchten, die Lage des Angeklagten zu verschlechtern, indem wir ihm zu Hilfe kommen, so könnten wir auf Ehre und Gewissen versichern, daß alles, was über die geheimnisvollen Beziehungen zwischen Regierung und „Vorwärts“ geäußert wird, eine ungewöhnliche Albernheit ist. Ähnliche Erklärungen haben wir aber schon öfter abgegeben, und es hat nicht geschoten. So bleibt uns nichts anderes übrig, als uns in die aufgedrungene Rolle mit Ergebung und Humor zu fügen. Wir halten es aus, Herr v. Bethmann Hollweg doch hoffentlich auch!

## Die Wurzel des Mißtrauens.

In der „Neuen Züricher Zeitung“ veröffentlicht der bekannte Prinz Alexander zu Hohenlohe einen Artikel über das Friedensangebot, in dem es u. a. heißt:

... Denn darüber dürfen wir uns keinem Zweifel hingeben, wenn es jetzt nicht zu Friedensverhandlungen kommt, dann kann es lange dauern, bis eine ähnliche Gelegenheit wiederkehrt. Das sollten sich alle sagen, wir sowohl als unsere Gegner. Der Krieg aber wird unheilvoller, blutiger, vernichtender denn je werden, und der Haß zwischen den Völkern von neuem aufflammen und die Völker noch mehr als bisher vergiften. Hunderttausende von blühenden Menschenleben, die jetzt noch verflornt geblieben waren, werden zu den Millionen von Opfern hinzukommen, das Vermögen der Völker um weitere ungezählte Milliarden Schulden belastet werden, vielleicht definitiv dem Vaterland verfallen; und daß alles, um — schließlich zu demselben Resultat zu kommen, das man jetzt schon haben könnte, nämlich sich an einen Tisch zu setzen und verhandeln; überlegt man sich das, so wäre man verurteilt, es Wahnsinn zu nennen, ein solches Friedensangebot zurückzuweisen.“

Der Verfasser untersucht im weiteren die Gründe, aus denen das deutsche Friedensangebot in Frankreich so großem Misstrauen begegnet und meint unter anderem, es könne nicht dazu beitragen, in Frankreich Vertrauen für den Schritt des Herrn v. Bethmann Hollweg zu finden, wenn Herr Wasserhagen und seine Gefinnungsgenossen gleichzeitig mit der Rede des Reichskanzlers verkünden lassen, ohne reale Garantien sei ein Friede nicht möglich, und diese sollten wir uns verschaffen durch die Annexion des Kohlenbeckens von Bryen und anderer Teile des von Deutschland okkupierten französischen Gebietes.

Der Artikel schließt mit einem Appell an die Neutralen, bei der „ersten und vielleicht letzten Gelegenheit den Krieg unter für alle Beteiligten und Nichtbeteiligten annehmbaren Bedingungen zu beendigen,“ nicht schweigen und ängstlich beiseite zu stehen.

**Wofür Pastor Philipps Gott dankt.**

Dass die Ansichten der Menschen über Gott und Welt sehr verschieden sind, das z. B. auch ein Pfarrer ein sehr kriegerischer Herr sein kann, das beweist der Berliner Pastor D. Philipps, der frühere Vorsitzende des christlich-sozialen Vereins. In der „Reformation“ veröffentlicht er folgendes Dankgebet für die Fortdauer des Krieges:

„Gott sei Dank, daß der Krieg gekommen ist, ich sage auch heute noch im dritten Kriegsjahr. Und Gott sei Dank, daß wir noch keinen Frieden haben, ich sage auch heute noch trotz aller Opfer... Darum sage ich noch einmal: Gott sei Dank, daß wir den Krieg haben; er allein kann unser Volk noch retten, wenn es überhaupt noch möglich ist, wie wir zuderschifflich hoffen. Er ist das große Operationsmesser, mit dem der große Arzt der Völker die furch-

baren, alles vergiftenden Eiterbeulen aufschneidet. Und Gott sei Dank, daß wir noch keinen Frieden haben. Die Wunden würden sich bald wieder schließen, und das Uebel würde noch ärger werden denn zuvor.“

Herr Pastor Philipps hat einen Stoßfussler vergessen: Gott sei Dank, daß ich hier zu Hause sitze! — Wer selber draußen im Felde gestanden und das entsetzliche Wüten des Todes mit angesehen hat, wer von den Frauen und Kindern zu Hause Gatten, Söhne oder Väter dem Kriege geopfert hat, den wird wohl bei diesen Worten des streifbaren Pastors ein ganz eigenartiges Gefühl beschleichen. Vielleicht denkt mancher auch unwillkürlich an ein Gebot, das vom Mißbrauch des Namens Gottes handelt. Denn, wie gesagt, die Ansichten der Menschen über Gott und Welt sind sehr verschieden.

**Aus der Partei.**

Genosse Dr. Franz Wehring ist seit einigen Tagen aus der Schughaft entlassen und konnte schon die Weihnachtstage in Freiheit verleben. Die Entlassung erfolgte mit der Verwarnung, daß er erneut in Schughaft genommen werden würde, wenn er während der Dauer des Krieges durch seine weitere Tätigkeit die Sicherheit des Reiches gefährden würde. Ein Gutachten des Igl. Medizinalkollegiums hatte erklärt, daß keine augenblickliche Lebensgefahr bestehe und hatte Unterbringung unter Aufsicht in einem kleinen, eine genügende Kontrolle gestattenden Orte in Anregung gebracht.

Sie wünschen, wie dem Reiche Sicherheit, so dem Genossen Wehring rasche Erholung von den ausgestandenen Leiden.

**Aus Industrie und Handel.**

**Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.**

Die Malzbräuerei Groterjan u. Co. Akt.-Ges. hat für das Jahr 1915/16 einen Erlös aus Bier von 1.361.906 M. (1914/15: 909.178 M.) auszuweisen. An Stelle von untergärtigem ist mehr obergärtiges, besonders Malzbräu verbraucht worden. Es verbleibt ein Ueberschuß von 85.918 M. (12.070 M.), aus dem eine Dividende, und zwar in Höhe von 6 Proz. vorgeschlagen wird.

Die Berliner Zementpreise sind um 1 1/2 M. für das Faß auf 9,30 M. erhöht worden.

**Das glückliche Amerika.**

In einer Versammlung der durch ihre Munitionslieferungen an die Verbandsstaaten weltbekannt gewordenen Bethlehem Steel Works in Baltimore erklärte nach der „Fr. Sta.“ der Präsident der Gesellschaft Schwab, daß die Fabrikanlagen in Baltimore nach ihrer Vollendung vier neue Hochofen mit allem Zubehör, ferner vier Plattenfabriken, ausgestattet nach den neuesten Grundrissen, drei moderne Barrenanlagen und 24 Zinnblechanlagen, eine große Drahtbahn und entsprechend viele Bessmer- und Ofenherdanlagen und dergleichen haben werden. Dazu kommen noch entsprechende Koksanlagen, um den gesamten Bedarf zu decken, und schließlich ein Treibendock, das größer ist als irgend eines an der atlantischen Küste und selbst den größten Dreadnought aufnehmen kann; mit einem Wort: es ist geplant, die Anlagen in Sparrows Point zur größten Stahl- und Schiffsbauanlage in den Vereinigten Staaten zu machen. Gegenwärtig sind dort 5500 Menschen beschäftigt; nach Fertigstellung aber sollen 15.000 bis 20.000 Mann dort Arbeit finden mit einer Lohnsumme von 20 Millionen Dollar. Das ist aber nur ein Teil des großen Programms, denn daneben ist geplant, in Harrisburg noch erheblich größere Anlagen aufzubauen, und zwar mehr für die Verfeinerungsindustrie. Die für die Ausführung nötigen Kapitalien werden auf reichlich 100 Millionen Dollar (500 Millionen Mark) geschätzt.

**Todes-Anzeigen**

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.**

Zweigverein Berlin. Bezirk Wedding.  
Am 27. Dezember starb unser Mitglied, der Malzputzer

**Albert Kastner.**

Die Beerdigung findet heute, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des alten Panitzkirchhofes in der Seefraße aus statt.

Ferner starb am 19. Dezember vom Bezirk Wilmersdorf das Mitglied, der Rosener

**Hermann Vogler.**

Ehre ihrem Andenken!  
143/14 Die örtliche Verwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

**Ernst Baumert**

von der Firma Westheim, Leipziger Straße, am 25. Dezember im Alter von 67 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 30. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes, Neufuß, Hermannstraße, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Packer

**Bernhard Löhr**

von der Firma „Gorwirts“, Drauerlei, Lindenstraße, am 27. Dezember im Alter von 42 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 2. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
70/16 Die Bezirksverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Am Donnerstag, den 23. Dezember, verstarb nach schwerem Leiden unser Kollege, der Angestellte und Unterstützungsausgeber

**August Hentschel**

im Alter von 63 Jahren.

Sie verlieren und betrauern in dem Dahingegangenen einen pflichttreuen Mitarbeiter, der durch sein stets aufrichtiges Wesen und kollegiales Verhalten uns allen ein guter Freund war. Sein Andenken wird uns immer in lieber Erinnerung bleiben.

**Die angestelltesten Kollegen.**

Die Einäscherung findet am Sonntag, den 31. Dezember, nachmittags um 1 Uhr, im Krematorium in der Gerichtstraße statt.

Die Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken, betreffend Bestandsüberhebung von Kabinaten tritt am 30. Dezember 1916 in Kraft. Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an den Anschlagstafeln und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, Berlin, den 30. Dezember 1916.

Der Polizeipräsident. 565. I. S. 11. 16.

Mit der traurigen Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Packer

**Bernhard Löhr**

am 27. Dezember nach kurzer, aber schwerer Krankheit, die er sich im Felde zugezogen, in einer Heilstätte im 43. Lebensjahre gestorben ist.

Dieses geht, um stille Teilnahme bittend, tiefbetrubt an

**Elise Löhr geb. Friedrich** nebst allen Verwandten.

Berlin, Waldemarstr. 28. Blumenstr. 1.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 2. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes Friedrichsfelde, aus statt.

**Marken**  
Liefer seit 1879  
**Jean Holze**  
HAMBURG I

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.  
Bez. 120.

Am 23. Dezember 1916 verstarb unser langjähriges Mitglied, der Kassenangehörte

**August Hentschel**

Urbanstr. 178.

Ehre seinem Andenken!  
Die Einäscherung findet Sonntag, den 31. Dezember, nachmittags 1 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. 307/7

Der Vorstand.

**Arbeiter-**  
**Gesundheits-Bibliothek**  
Jedes Heft 20 Pfg.

**ALASKA-Füchse**

Blau-, Silber-, Rot- u. Kreuzfuchsgarnituren, sowie sämtl. edleren Pelzarten in entzückenden Ausführungen in meiser Werkstatt  
**Kölln. Fischmarkt 1 II,** zwisch. Breitestraße u. Stadt, Sparkasse (Boer) — NB. Plüschsachen, Kanin und Hasen führe ich nicht.

**Haben Sie Fußbeschwerden?**  
empfehle nach Maß passend gearbeitete Sitzzeinelagen sowie **Bruchbandagen** aller Art, Leibbinden, Stützvorsetz u. m., Kräfte zur Heilung von Kränkungen.  
**Pollmann, Gaudigk,**  
Berlin N, Lothringer Str. 60,  
Lieferant für Krankenkassen.

**Niedrige Preise!**

Die kostbarsten Pelzmäntel aus echtem -eal-Bisam, Perserlan, Elektrik, Fohlen, Astrachan, Breitschwanz und anderen edelsten Pelzarten, gediegenes Arbeit, beste Felle  
2500.- 3000.- 1700.- 1200.- 950.-  
Fantasie-Pelzmäntel, ische Modelle  
600.- 400.- 350.- 195.- 150.-  
Fische Garnituren: Marder, Seal, Nerz, Bisam, Fuchs

**Reizende Plüschmäntel.**  
echt Sealpüsch, Ia. Qualität, Seidenplüsch mit wundervollen Pelzbesätzen, das Elegante auf dem Gebiete. Glockenformen, Original-Modelle  
650.- 400.- 350.- 195.- 155.-  
Fische Plüschmäntel, Glockenformen, reizende Ausführungen 130.- 92.- 78.- 594.  
Astrachan-, Mohr-, Plüsch-, Krimmer-Mäntel aus alten, guten Qualitäten, Ia. Ausführungen.

**sehr billig!**  
**Entzückende Modellkostüme, Mantelkleider.**  
Frühjahrs-Modell-Kostüme 1917, Herbst- und Winter-Modelle, Mantelkleider mit Pelzverzierungen, entzückende Prachstücke, Plüsch- und Samtkostüme, Kammgarn-Kleider mit Pelz, auch glatt 60.- 50.- 30.- 20.- 15.- 10.-  
Wunder-volle Kostüme, auch vorjährige Frühjahrs- und Herbst-Modelle in Seide, Tsch, Kammgarn 90.- 75.- 58.- 43.-  
Vorjährige Kostüme 36.- 25.- 18.- Kleider, Samt, Seide, Stoffe 78.- 50.- 28.- 18.-

**Flotte Ulster u. Mantelkleider.**  
gediegenes Stoffe, auch mit Pelz gefüttert, Ia. Ausführungen, erstklassige Stoffe, wasser (Hockenformen, 250.- 190.- 120.-  
Felle Mantelkleider, auch fürs Frühjahr, Ulster mit Pelzbesätzen sowie glatte Ausführungen  
48.- 45.- 38.- 22%  
Vorjährige Ulster, beste Stoffe, 28.- 22.- 18.-

**Röcke,**  
schwarz u. farbig  
Ia. Kammgarn, Tuch, samt, Seide zu niedrigen Preisen.

**Gummimäntel, seiden imprägnierte Mäntel aus Ia. Stoffen mit passender Kappe, teils Friedensgummierungen, Feinkörper imprägnierte Mäntel, fische Glockenformen, kariert u. glatt, wasser dichte Lodenmäntel, Wettermäntel aus guten, praktischen reprodichten Stoffen.  
78.- 70.- 59.- 45.- 35.- 24%  
Vorjährige Staobmäntel, Regenmäntel, Gummimäntel  
24.- 18.- 16%.**

**Westmann**  
I. Geschäft: Mohrenstr. 57a  
II. Geschäft: Große Frankfurter Str. 113.  
Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

**Als Zwischendecksteward nach Südamerika**



Erzählung von **5. Neuenhagen**  
1,20 Mark

**Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme.**

- Centrum:** Albert Habnisch, Köpenicker Str. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Wahlkreis 8:** und SW: Gustav Schmidt, Bärgalder Str. 42, an der Gneisenaustraße. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Wahlkreis 3:** EL. Friß, Brininger Str. 31, Ost rechts part. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Wahlkreis 4:** Osten: Robert Engels, Karlsruher Str. 36. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr. — Karl W. E. Petersburg, Platz 4. (Laden). Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Wahlkreis 4:** Südosten: Paul Böhm, Kaufingerplatz 14/16. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Wahlkreis 5:** Wahlkreis: Leo Rucht, Znamenskirchstr. 12 (Hof). Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Wahlkreis 6:** Wahlkreis (Neabit): Salomon Joseph, Wilhelmshagenener Straße 48. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Wedding:** A. Schönig, Köpenicker Str. 34a Ecke Ulricher Str., Laden. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Rosenthaler und Graniener Vorstadt:** A. Wolgast, Watzstraße 9. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Gesundbrunnen:** Fischer, Bastianstr. 6, Laden. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Schönhäuser Vorstadt:** Karl Marx, Gneisenauer Str. 22. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Adlershof:** Karl Schmarjose, Bismarckstr. 28. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
- Alt-Glienicker, Falkenberg:** Wilhelm Dörre, Friedrichstr. 46.
- Baumschulenberg:** F. Hornig, Orientaler Str. 13, I.
- Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönew, Schönbrück und Buch:** Heinrich Broje, Mühlenstr. 6, Laden.
- Bohnsdorf:** Schießler, Privatstraße, Genossenschaftshaus „Paradies“.
- Charlottenburg:** Gustav E. Harnberg, Eichenheimer Str. 1. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Eichwalde, Schmückwitz, Zeuthen, Miersdorf:** D. Star W. die, Grünauer Str. 37.
- Friedersdorf-Petershagen:** Stellmacher, Petershagen.
- Friedenau, Steglitz, Südende:** F. Bernies, Alkenstr. 5 in Eiegli. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck:** Ernst Berlimann, Friedrichshagen, Köpenicker Straße 18.
- Grünau:** Franz Klein, Friedrichstr. 10.
- Johannisthal, Rudow:** Rag Gonschur, Parkstr. 23
- Karlshorst:** Hermann Billing, Döbnerstr. 28.
- Königs-Wusterhausen, Wildau, Niederlehme:** Friedrich Baumann, Ludenwalder Straße 5.
- Köpenick:** Emil Sigler, Steyerstr. 6, Laden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.
- Lichtenberg I, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen:** Otto Eichel, Wartenbergstraße 1 (Laden). Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Lichtenberg II, Lummelsburg, Stralau:** A. Rosenstrang, Alt-Dorlagen 66. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Mahlsdorf, Kanisdorf, Biesdorf:** F. Heßberg, Kanisdorf, Ferdinandstraße 17.
- Mariendorf, Marienfelde:** August Leip, Chausseestr. 29.
- Neukölln:** W. Heineke, Redarstr. 2, im Laden. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr; Neudörfen Weg: Robr. Stegriß, Straße 28/29. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Nieder-Schöneweide:** Wilhelm Unruh, Grödenstr. 10, II.
- Nowawes:** Karl Krohnberg, Eisenbahnstr. 10.
- Ober-Schöneweide:** Otto Freidant, Bismarckstr. 25, I.
- Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg:** Rigmann, Wäldenstr. 30, Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Reinickendorf - Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:** G. Gurl, Brovingstr. 56, Laden. Geöffnet v. 11-12, u. 4 1/2-7 Uhr
- Schenckendorf:** h. Königs-Butterhausen: Chr. Gantisch, Dorfstr. 10
- Schöneberg:** Wilhelm Säumier, Reiminger Straße 9, im Laden Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
- Spandau, Nonnendamm:** Schumacher, Breitestr. 64. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
- Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West:** Gami Rietast, Borsigwalde, Räumstraße 10. Geöffnet von 11-12, u. von 4 1/2-7 Uhr.
- Teltow:** Pfeifer, Dannebergstr. 2.
- Tempelhof:** Rud. Ueder mann, Kaiser-Wilhelmstr. 74.
- Treptow:** Rob. Gramenz, Reichholzstraße 412, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
- Weißensee, Heinersdorf:** Gust. Kroschke, Berliner Allee 11.
- Wilmersdorf, Halensee, Schmargendorf:** Paul Schubert, Wilhelmstraße 27.
- Zossen:** St. Ratig, Berliner Str. 24.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert Sonntags sind die Ausgabestellen geschlossen.

**Leihhaus Moritzplatz 58a**

Größtes Gebrauchs-Kaufhaus dieser Art für Herren- und Damen-Garderobe, Pelz- u. Schmucksachen. Tägl. Verkauf von Kavallieren wenig getragener sowie im Versatz gewesener Jackett, Rock-Anzüge, Paletots, Ulster, teils aus Seide, enorm billig. Großes Lager in neuer Maßgarderobe, aus feinsten Stoffen in erstklassiger Verarbeitung. Große Auswahl in Damen-Kostümen, Ulstern, Plüsch- u. Astrachan-Mänteln bis zur feinsten Ausführung. Gelegenheitskäufe in Pelzkragen, Pelzlinien, Skunks, Marder, Nerz, Alaska, Blau- und Weißfuchs u. a., in moderater Ausführung, statt 40-250 M. jetzt 20-125 M. Große Auswahl in Herren-Gehelpen, Damen-, Reise-, Wagen-Pelzen. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Uhren, Ringe, Brillanten zu enorm billigen Preisen. „Vorwärts“-Leser erhalten 10% extra

Aus Groß-Berlin.

Kaufreiz.

In Kleinstädten und selbst in verlorenen Straßen der Großstadt findet man zuweilen noch Ladengeschäfte, die den Vorübergehenden eher abstoßen als anlocken, und wo man sich wundern muß, daß überhaupt noch jemand hineingeht. Eine gelbläuernde Petroleumfackel oder eine magere Gasflamme verbreitet des Abends ein trübes Dämmerlicht. Das Schaufenster liegt tot und verlassen, die alten Ladenhüter ruhen in bunter Unordnung im Staub, umgeben von toten Pflügen, die einst in warmer Sommerzeit sich fröhlich hier tummelten. — Wie gesagt, nur noch zuweilen trifft man solch Ueberbleibsel aus längstvergangenen Zeiten, als noch ein gemütlicher Schlenker im Schwange war. Die letzten Jahrzehnte haben aufgeräumt damit, und wer sich den neuzeitlichen Geschäftsgepflogenheiten nicht anpaßt, kommt unter die Räder, rettungslos, oder führt allenfalls in irgendeinem vergessenen Winkel ein kümmerliches Dasein.

Die Kunst, das Publikum an die Waren heran- und ihm das Geld aus der Tasche zu locken, hat sich bis zur Virtuosität ausgebildet. Die Konkurrenz sucht sich gegenseitig zu überbieten, und ein ganz neuer Stand — die Schaufensterdekorateure und dekorateurinnen — hat sich im Laufe der Zeit herausgebildet, der mit künstlerischem Geschmac und sein entwickelten Form- und Farbensinn die Warenauslage besorgt und die Schau lustig mit unwiderstehlichem Zwang heranzieht, auf daß sie sich in Kauflustige verwandelt. Man sehe sich nur einmal die großen Seiden- oder Blumengeschäfte an, deren Schaufenster Farbensymphonien von entzückender Schönheit und auserlesenen Geschmac darbieten. Und mit welchem Raffinement wird die Stundeseele bearbeitet! Die Spielwarenindustrie gibt das Leben in verkleinertem Maßstabe wieder und die Verkäufer versichern es, aus all diesen Dingen für die Kleinen eine wahre Märchenwelt zu gestalten.

Jedenfalls steht das eine fest: daß es nicht mehr gleichgültig ist, wie die Verkaufsware angeboten wird, sondern daß dieser Umstand für ein Geschäft geradezu ausschlaggebend wirken muß, — eine Erkenntnis, die der Mittelstand, besonders der Kleinere, mit schweren Opfern bezahlt hat. U.

Magistrat, Aerzte und Behandlung der Kriegerfamilien.

Zwischen dem Berliner Magistrat und den vereinigten Aerzten ist es zu einem Konflikt gekommen, der sich um die ärztliche Behandlung der Kriegerfamilien dreht. Es wird darüber mitgeteilt: Die Vereinbarung über die ärztliche Versorgung der Kriegerfamilien ist nicht ohne ernstliche Schwierigkeiten zustande gekommen, weil seinerzeit die Ansprüche der Aerzteschaft auf Summen gingen, die die Stadt zu leisten unmöglich sich verstehen konnte. Das Abkommen hat, soviel man erkennen kann, zur Zufriedenheit gearbeitet. Es ist deshalb bedauerlich, daß es jetzt durch die von den Aerzten ausgesprochene Kündigung zum 15. März nächsten Jahres vollständig seinen Halt verliert und vielleicht nicht wieder aufleben kann, denn wenn die von den Aerzten an die Stadt erhobenen Ansprüche die Grenzen überschreiten, die man vor einem Jahre unbedingt festzuhalten sich entschließen mußte, so würde nichts anderes übrig bleiben, als auf ein Aus Hilfsmittel zurückzukommen, das schon damals als die letzte Möglichkeit angesehen wurde, nämlich die Kriegerfamilien unmittelbar mit finanziellen Beihilfen zu versehen, sofern sie leistungsunfähig und zur Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe gezwungen sind.

Auf der anderen Seite wird von dem Vorsitzenden des Aerzteausschusses, Sanitätsrat Dr. Koll, u. a. mitgeteilt: Von Kriegsbeginn bis Mitte Februar 1915 wurden die Kriegerfamilien von den Armenärzten unentgeltlich behandelt. Die Aerzte haben Bedingungen gestellt, nach denen statt dessen eine angemessene Bezahlung verlangt wird. Bisher erhielten die Aerzte für die Behandlung der Familien der Kriegsteilnehmer (es handelt sich um etwa 200 000 Familien) jährlich eine halbe Million Mark, die in monatlichen Teilbeträgen bezahlt wurden. Da die Zahl der Familien naturgemäß stark gestiegen ist, die Aerzte auch vollständig freiwillig die Familien der in Berlin befindlichen österreichisch-ungarischen Kriegsteilnehmer behandeln und ohne Bezahlung Atteste für die Krankenernährung ausstellen, verlangen sie jährlich 1 1/4 Million Mark.

Wohnungen für Kriegsbeschädigte.

Der am 6. Dezember begründete Ausschuss Groß-Berlin für die Kriegsbeschädigten-Ansiedlung, an dessen Spitze Oberbürgermeister Wermuth steht, und in dem das Reichsamt des Innern, das Reichsschatzamt, Kriegsministerium und sämtliche preussische Staatsministerien, alle Groß-Berliner Kommunen, Zweverband und Landkreise, Gewerkschaften sowie Handelskammer, öffentliche und private Geldgeber vertreten sind, hat in der ersten Sitzung seines geschäftsführenden Ausschusses unter dem Vorsitz von Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg die ersten Schritte zur praktischen Tätigkeit getan. Es wurde beschlossen:

- 1. Den in Groß-Berlin tätigen Kriegsbeschädigten im Rahmen der amtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge unter Mitwirkung der städtischen Wohnungsämter und des privaten Grundbesitzes bei der Erlangung geeigneter preiswerter gesunder Wohnungen in der Nähe ihrer Arbeitsstätte beihilflich zu sein;
2. solchen Kriegsbeschädigten, bei denen Neigung und Fähigkeit zur Ansiedelung im Kleingarten mit Garten vorhanden ist, soweit es bereits jetzt möglich ist, zu helfen und dafür vorbereitende Maßnahmen zu treffen;
3. in geeigneten Fällen im Rahmen des Kapitalabfindungsgesetzes die Wege zu ebnen und durch sachliche und gewissenhafte Prüfung eine gutachtliche Unterlage zu schaffen.
Mit der ehrenamtlichen Leitung der Geschäftsstelle wurde Architekt Dipl.-Ing. Erich Lehner, Geschäftsführer des Groß-Berliner Vereins für Kleinwohnungsfragen betraut. Die in der Nähe des Landeshauses (dem Sitz des Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge) belegenen Räume Friedrich-Wilhelm-Strasse 12 wurden hierfür gewählt. — Die Mittel für die Tätigkeit des Ausschusses sind zu gleichen Teilen von der Stadt Berlin und vom Landesdirektor bewilligt worden. Seitens des Potsdamer Regierungspräsidenten wird durch Umfrage bei den Gemeinden im Verbandsgebiet festgestellt, welches Angebot an Land und Ansiedlungsstellen bereits für die obigen Zwecke vorhanden ist.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Die Stallhöchstpreise für Kühe haben eine Herabsetzung erfahren, so daß der Berliner Magistrat in der Lage ist, feinerfleisch

eine entsprechende Ermäßigung der Kleinhandelspreise für

Kalbsteisch

eintreten zu lassen. Es kostet jetzt 1 Pfund Fleisch von jungen und älteren Saugkälbern und Mastkälbern über 60 Pfund Schlachtgewicht, Klasse I (blauer Stempel): a) Rücken und Keule mit Hare, Brustspitze ohne Hals, ohne Kadbrust und ohne Dämmung 2,10 M. (bisher 2,30 M.); b) die übrigen Teile 1,80 M. (bisher 1,90 M.); c) anderes Kalbfleisch ohne Knochen, auch Schnitzel 2,80 M. (bisher 3 M.). Die Preise der Klasse II (roter Stempel) bleiben unverändert.

Die für den Bezirk der Stadtgemeinde Berlin zugewiesenen

Springe

kommen vom 30. Dezember an bei den Kleinhandlern, bei denen bisher Springe zu haben waren, gegen Ausbändigung der Abschnitte 12 der Lebensmittelkarte und soweit der Vorrat reicht, zum Verkauf. Auf je zwei Abschnitte 12 der Berliner Lebensmittelkarte entfällt ein Sioefullering oder ein halbes Pfund Fettheringe. Der Kleinhandelspreis beträgt für den Sioefullering 45 Pf. Für gefüllte Fettheringe sind, sofern 18 bis 20 auf zwei Pfund gehen, für ein Pfund 1,20 M. zu zahlen. Wägen 20 bis 25 gefüllte Fettheringe 2 Pfund, so beträgt der Kleinverkaufspreis 1,10 M. für das Pfund. Mägen 25 bis 30, 30 bis 35 gefüllte Fettheringe sowie 22 bis 25, 80 bis 35, 35 bis 65 ungefüllte Fettheringe 2 Pfund aus, so beträgt der Kleinverkaufspreis für das Pfund 1 M. Trotz der großen Schwierigkeiten, die der Regelung des

Magermilchbezugs

entgegenstehen, soll nunmehr versucht werden, eine möglichst gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Magermilchmenge vorzunehmen. Wegen des äußerst geringen Quantums ist lediglich die Berücksichtigung der Haushaltungen mit Kindern, die nicht mehr Vollmilch erhalten, vorgesehen. Zum Zwecke der Anmeldung werden Anmeldekarten ausgegeben, und zwar erhält eine solche Karte jeder Haushalt mit Kindern, die in den Jahren 1907, 1908, 1909, 1910 geboren sind. Das geringe Milchquantum läßt aber die Berücksichtigung eines jeden dieser Kinder nicht zu, so daß der Haushalt, auch wenn mehrere solcher Kinder in ihm vorhanden sind, nur eine Anmeldekarte erhält. Die Haushaltsvorstände müssen sich auf Grund der ihnen in ihrer Gemeinde ausgehändigten Anmeldekarten in die für Magermilch besonders anzulegende Stundensliste eines Milchhändlers (Waden oder Wagen) bis spätestens zum 8. Januar eintragen lassen. Der Händler hat den Kontrollabschnitt abzutrennen und der Feststelle Groß-Berlin (Milch) bis zum 12. Januar einzureichen. Den Hauptteil der Anmeldekarten muß der Kunde behalten, weil nur gegen Rückgabe dieser Karte ihm später die Magermilchkarte ausgehändigt wird. Für Berlin ist angeordnet worden, daß die Anmeldekarten bei den Brotkommissionen in der Zeit vom 2. bis 5. Januar abgeholt werden müssen. Die Anmeldekarten berechtigen nicht zum Bezug von Magermilch, sondern dienen nur zur vorläufigen Bestellung des Bedarfs.

Kohlenmangel in Bädereien. Ueber 130 Berliner Bädereien haben an die maßgebenden Behörden die Mitteilung gerichtet, daß sie ihre Geschäfte in allerhöchster Zeit schließen müßten, falls ihnen nicht umgehend die zum Betriebe notwendigen Kohlen geliefert würden. Mit Hilfe der städtischen Verwaltung wurde den Bädereien aus Hilfswiese die nötige Kohlenmenge zuge stellt.

Kartoffeln in Wirtschaften nur gegen Karte.

Für die zur Kartoffelgemeinschaft Groß-Berlin gehörigen Orte, also Berlin, Charlottenburg, Neukölln, Schöneberg, Wilmersdorf, Schmargendorf, Lankwitz, Grunewald, Döhlen, Tempelhof, Reinickendorf, Steglitz, Friedenau, Lichterfelde, Treptow, Ort, Mariendorf, Niederschöneweide, und Zehlendorf steht eine bürgerliche Neuregelung in der Abgabe von Kartoffeln in den Gastwirtschaften usw. unmittelbar bevor, die zugleich eine erhebliche Einschränkung in dem Kartoffelverbrauch darstellt. Vom 2. Januar ab dürfen nämlich in allen Restaurants, Schank- und Speisewirtschaften, Hotels, Pensionen usw. Kartoffeln nur auf Grund von Kartoffelkarten verabfolgt werden. Das gleiche gilt für Speisen, zu deren Bereitung Kartoffeln in erster Linie verwendet werden, wie Kartoffelsuppe, Kartoffelsalat usw. Von den Kartoffelarten sind immer die entsprechenden Mengen in Abschnitten abzutrennen. Da jeder Abschnitt 250 Gramm umfaßt, so ist, wenn dieses Gewicht nicht erreicht wird, nur die Hälfte des Abschnitts abzutrennen. Vom 2. Januar ab muß auch auf den Speisekarten das Rohgewicht der verwendeten Kartoffelmengen angegeben werden. Reisende können Kartoffeln und Kartoffelgerichte auch ohne Kartoffelkarte erhalten, wenn sie im Besitze einer Reisebroschüre sind. Bahnhofswirtschaften dürfen Kartoffeln ohne Kartoffelkarte nur an Personen abgeben, die eine für den Fernverkehr geltende Fahrkarte vorlegen können. Die Gastwirte usw. haben die Kartoffelkartenabschnitte zu sammeln und alle vierzehn Tage an die zuständige Behörde zwecks Empfangnahme der neuen Kartoffelbezugscheine einzureichen.

Getragene Kleidungsstücke.

Ueber die Bedeutung der neuen reichsrechtlichen Bestimmungen zur Regelung des Verkehrs mit getragenen Kleidungsstücken herrscht noch vielfach Unklarheit. Im Mißverständnis von vornherein zu begegnen, sei vor allem hervorzuheben, daß nach wie vor niemand gehindert ist, seine getragenen Kleidungsstücke zu verkaufen, an wen er will. An die behördlichen zugulassenen Annahmestellen ist nur derjenige gebunden, der die Sachen entgeltlich abzugeben oder, wenn unentgeltlich, jedoch eine Abgabebekundigung zu erhalten wünscht, die ihm einen Anspruch auf Erlangung eines Bezugscheines ohne Prüfung der Notwendigkeit der Beschaffung sichern soll (sogenannter Bezugschein C, bei Schuhwaren Bezugschein D). Da indessen die Einrichtung solcher Annahmestellen, sowie die zur Desinfektion, Bearbeitung und Wiederverkauf der Sachen in Groß-Berlin erforderlichen Maßnahmen eine schwierige und umfangreiche Organisation bedingen, so kann in nächster Zeit noch niemand damit rechnen, eine solche Abgabebekundigung zu erlangen. Für Beschaffung notwendiger Bezugscheine nach Prüfung der Notwendigkeit von den zuständigen Stellen zu erteilen sind.

Zuteilung des Leders an die Schuhmacher.

Zu der letzten Sitzung des Ausschusses der Reichslederhandels-gesellschaft wurden unter Zustimmung der Regierungsbehörden und der Kontrollstelle für freigegebenes Leder in Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse und zur rascheren Verteilung der freigegebenen Mengen Bodenleder nachstehende Beschlüsse gefaßt: 1. Der frühere Verkauf, für jede Bodenledervertellung eine so große Menge Bodenleder anzufordern, daß auf jeden der in sämtlichen Schuhmachereibetrieben beschäftigten Arbeiter mindestens drei Kilo Bodenleder entfallen, kann in Rücksicht auf die seit einiger Zeit erheblich verminderten Freigaben nicht mehr durch-

geführt werden, weil dann höchstens nur alle zwei bis drei Monate eine Verteilung vorgenommen werden könnte. Die für jede Verteilung pro beschäftigten Arbeiter anzufordern Menge wird deshalb bis auf weiteres auf zwei Kilo Bodenleder herabgesetzt.

2. Um ein Verschneiden des Leders in zu kleinen Mengen zu vermeiden und die Verteilungen zu beschleunigen, sollen Lederhandlungen und Genossenschaften, in deren Kundenlisten zurzeit nicht bereits Schuhmachereibetriebe mit mindestens insgesamt zehn Arbeitkräften eingeschrieben sind, in Zukunft bei der Verteilung nicht mehr berücksichtigt werden. Die bei diesen Lederhandlungen und Genossenschaften eingeschriebenen Schuhmachereibetriebe werden von der Kontrollstelle aufgefordert, sich bei einem anderen in der Nähe ihres Wohnortes gelegenen Lederhändler des gleichen Handwerkskammerbezirks, bei welchem bereits Schuhmachereibetriebe mit 10 oder mehr Arbeitkräften eingeschrieben sein müssen, in dessen Kundenliste eintragen zu lassen.

3. Neuanmeldungen oder Veränderungen in den Meldelisten der Handwerkskammern oder den Kundenlisten der Lederhändler sind von den Handwerkskammern beziehungsweise den Lederhändlern bis spätestens 10. Januar 1917 der Kontrollstelle für freigegebenes Leder zuzuführen. Nach diesem Termin können vor Ablauf von drei Monaten Veränderungen nicht mehr berücksichtigt werden. Die unter Berücksichtigung der bis zum 10. Januar 1917 eingehenden Meldungen aufzustellenden Listen gelten als Grundlage für die während der nächsten drei Monate vorzunehmenden Leder-Verteilungen.

4. Die von den Sammlägern der Reichslederhandels-gesellschaft vorzunehmenden Verteilungen werden nicht mehr wie bisher gleichzeitig an alle Bezirke erfolgen, sondern der Reihe nach, sobald für einen Bezirk eine genügende Menge Leder angesammelt ist, vorgenommen werden. Hierdurch soll vermieden werden, daß infolge Ansammlung allzu großer Mengen Bodenleder an den Sammlägern und durch die bei einer gleichzeitigen Verteilung an alle Bezirke zeitweilig entstehende Ueberlastung des Personals die Zufuhr von den Gerbereien an die Sammläger der Reichslederhandels-gesellschaft vor jeder Verteilung unterbrochen werden muß, wodurch bisher sowohl Verzögerungen in der Abnahme der Leder von den Gerbereien, als auch in der Verteilung unvermeidlich waren.

5. Nachdem das Kriegsamt großen Wert darauf legt, eine Entlastung der Bahn und Post herbeizuführen, müssen die den einzelnen Gerbereien freigegebenen Leder in Zukunft dem den betreffenden Gerbereien nächstgelegenen Sammlager zugeführt werden, soweit hierdurch nicht die den Lederhändlern der betreffenden Bezirke zustehenden Mengen überschritten werden. Etwas überflüssige Mengen sind von der Reichslederhandels-gesellschaft einem anderen benachbarten Sammlager zuzuleiten.

6. Vorstehende Bestimmungen finden erst von der sechsten Verteilung an Anwendung, da die fünfte Verteilung bereits vorbereitet ist.

7. Die Bezirkskommissionen werden aufgelöst, nachdem die von denselben zu leistenden Arbeiten nunmehr von der Kontrollstelle für freigegebenes Leder und der Reichslederhandels-gesellschaft ausgeführt werden.

Eine Unverkorenheit.

Der Großhändler P., einer der vier Gänsewucherer, die, wie wir berichteten, auf Veranlassung des Kriegswucheramts verhaftet und dann wieder auf freien Fuß gesetzt worden waren, hat, wie es scheint, seine durch eine Bürgschaft von 10 000 M. erkaufte Freiheit zweckdienlich auszunutzen gesucht. Um aus seinen Einkäufen, soweit sie das Amt nicht beschlagnahmt hatte, doch noch etwas herauszu-schlagen, ließ er die gekauften Gänse auf einem anderen Wege als früher nach Berlin kommen. Ob der Inhaber selbst oder einer seiner Angehörigen oder Angestellten, dafür verantwortlich ist, ließ sich noch nicht ermitteln. Jedenfalls bezog die Firma des Großhändlers die Gänse jetzt nicht mehr waggungsweise, sondern in Kisten, die unter den verschiedensten Deklarationen und Signierungen abgedandt wurden. Das Kriegswucheramt kam aber bald auch hinter diese Schliche und am Donnerstag beschlagnahmte es auf dem Stettiner Güter-Bahnhof eine Kiste mit rund 400 Kilogramm Gänsen, die für den Pischen Großbetrieb einliefen. Die Gänse wurden dem Magistrat überwiesen.

Nahhafte Weihnachtsausflüge.

Das Kriegswucheramt hat eine Familie aus Berlin W. um die Früchte einer Hamsterreise gebracht. Die Familie benutzte die Weihnachtsfeiertage zu Ausflügen auf das Land, auf denen es in verschiedenen Orten Fleisch aller Art, Schinken, Speck, Kolonialwaren und dergleichen in größerer Menge aufkaufte. Sie ließ die Sachen in Körben als Passagiergut von verschiedenen Eisenbahnstationen aus nach ebenso verschiedenen Berliner Bahnhöfen gehen. Auch diesem Handel kam das Amt auf die Spur. Gestern fand und beschlagnahmte es auf dem Bahnhof Friedrichstraße zwei dieser wohlgefüllten Körbe und je einen auf dem Bahnhof Zoologischer Garten, am Alexanderplatz und auf dem Schlesischen Bahnhof. Der Inhalt der Sendungen kommt wieder der Allgemeinheit zugute.

Ein kleiner Hauptmann von Köpenick.

Ein an den Streich des Schusters Voigt erinnernder Vorfall hat sich am Heiligabend in Treptow abgepielt. Gegen 4 Uhr nachmittags erlitten in der Kaserne des Telegraphenbataillons ein Offizier und forderte einen Burchen auf, ihm schnell ein Pferd zu stellen. Der Soldat befolgte den Befehl des Vorgesetzten, der dann stolz davonritt. Als andere Vorgesetzte des Burchen von dem Vorfall hörten stiegen ihnen sofort Bedenken auf. Ihr Verdacht sollte sich denn auch bald bestätigen. Der „Herr Leutnant“ war nämlich idumstricks nach Baumkühlenweg geritten und hatte dort das Pferd an den Kohlenhändler Taubel in der Wehringstraße für 1200 Mark verkauft. Er erklärte dem Händler, daß er in wenigen Tagen aus dem Heeresdienst ausscheide und daher das Pferd nicht mehr brauche. Der Kohlenhändler, der keinerlei Verdacht schöpfte, kaufte das stolische Pferd. Da er das Kaufgeld nicht sofort verfügbar hatte, bestellte er den angeblichen Offizier zum anderen Tage zu sich. Der „Herr Leutnant“ erschien auch pünktlich zur festgesetzten Stunde und nahm die 1200 Mark in Empfang, mit denen er sich dann schnell empfahl. Bisher ist es nicht gelungen, des Betrügers habhaft zu werden.

Winter-Garten. Die Artisten sind in der Kriegszeit rar geworden, und es mag jetzt leicht sein, ein anständiges Varieteprogramm zusammenzustellen. Daher sucht man auch auf diesem Gebiete nach „Ursprung“. Ein Berliner Jirkusdirektor projektierte jüngst mit dem Polizeipräsidenten um die Erlaubnis zur Aufführung von Theater-spielen „höherer Gattung“ und die Direktion des Winter-Gartens hat jetzt der Reinhardt eine Anleihe gemacht, indem sie die chinesische Ballett-Pantomime „Die grüne Flöte“ aus der wohltemperierten Atmosphäre der Schumannstraße in ihre verberes und bewegteres Milieu verpflanzte. Der Versuch ist geglückt. Die Inszenierungskünste Reinhardts, die dem Varietee ohnehin verwandt sind, die von Einarr Nilson dirigierte Mozartische Ruff und die entzückende, bei aller natürlichen Frische vollendet virtuose Kunst der jugendlichen Tänzerinnen Lilliebil Christensen und Katta Stern gelangten auch in dieser grellen Umrahmung zum vollen Eindruck.

Wer die trübe Gegenwart vergessen und alle Erbschwere für eine Stunde überwinden will, der gehe in den Wintergarten und erzeuge Auge und Ohr an diesem grandios-phantastischen Zauberstück. Wer aber handfeste Festsetzungen sucht, der wird bei den chinesischen Gauklern Sun Hsiang Jung, bei dem ausgezeichneten Wariodisten Josef Pant, den Seifenblasen-Spielerinnen der Wei Reuters und dem Handwippenpaar „Zwei Dennis“ reichlich auf seine Kosten kommen.

„Ablehnung des deutschen Kongressvorschlages in Paris!“ — lautete der alarmierende Ruf, mit dem am Donnerstagabend eine vom „Vokal-Anzeiger“ herausgegebene Kriegszeitung auf den Stragen feilschenden wurde. Zahllose Passanten fielen darauf herein und opfereten ihren Scherz, um dann zu erfahren, daß es sich lediglich um die Wiedergabe einiger Pariser Pressstimmen handelte. Scherz hat sich längst zur Ruhe gesetzt, aber sein munterer Geschäftsgelbst lebt in seinen Nachfolgern ungeschwächt fort.

### Bestandshebung von Nähfäden.

Berlin, 29. Dezember. Mit dem 30. Dezember 1916 tritt eine Bekanntmachung betreffend Bestandshebung von Nähfäden in Kraft.

Durch diese Bekanntmachung wird eine Meldepflicht für sämtliche am 1. Januar 1917 vorhandenen baumwollenen Nähfäden, Nähgarnen, Nähgarne, Seidgarne, Wollgarne, Buchbindergarne, Konfektionsgarne, Tricotgarne, Kordgarne und sonstige Industriegarne in handelsfertigen Aufmachungen für den Kleinverkauf, sowie für sämtliche Nähfäden, Garn- und Nann-Nähfäden in jeder Aufmachung für Groß- und Kleinverkauf angeordnet. Die Meldungen haben bis zum 10. Januar 1917 an das Webstoffmeldeamt der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Berlin SW. 48, Verlängerung Hedemannstraße 10, zu erfolgen. Die gleiche Meldung ist für den am ersten Tage eines jeden Vierteljahres vorhandenen Bestand bis zum zehnten Tage eines jeden Vierteljahres zu wiederholen.

Von der Meldepflicht ausgenommen sind bestimmte Mindestmengen. So sind nicht meldepflichtig bei baumwollenen Nähfäden, wenn sie nach der Länge aufgemacht sind, diejenigen Vorräte einer Lagerstelle, welche in einer Qualität, Färbung, Farbe und Aufmachung bei Längen bis zu 200 Metern weniger als 5 Gros, bei Längen über 200 Meter weniger als 1 Gros betragen; und wenn sie nach dem Gewicht aufgemacht sind, diejenigen Vorräte einer Lagerstelle, welche in derselben Färbung und Farbe, jedoch ohne Rücksicht auf Qualität und Aufmachung, weniger als 10 Kilogramm betragen. Bei Nann-, Garn- und Nann-Nähfäden sind nicht meldepflichtig, wenn sie nach der Länge aufgemacht sind, diejenigen Vorräte einer Lagerstelle, welche in einer Sorte weniger als 50 000 Meter, und wenn sie nach dem Gewicht aufgemacht sind, diejenigen Vorräte einer Lagerstelle, welche in einer Sorte weniger als 10 Kilogramm betragen.

Die Bekanntmachung enthält außer der Anordnung zur Lagerbuchführung noch eine ganze Reihe von Einzelbestimmungen und ist mit Beispielen für die Art der Meldepflicht versehen. Ihre Wortlaut ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Einziehung der Omnibuslinie 7. Die Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft sieht sich wegen des Mangels an Personal und Pferden gezwungen, vom heutigen Tage ab den Betrieb auf der Linie 7 (Oranienplatz—Stettiner Bahnhof) einzustellen. Die Linie 7 dient besonders dem Verkehr zwischen dem Südfosten, Zentrum und Norden Berlins und stellt eine günstige Verbindung des Südfostens nach dem Stettiner Bahnhof dar. Die Einziehung dieser Verkehrsverbindung wird naturgemäß abermals eine Belastung der Straßenbahn mit sich bringen. Für den Verkehr vom Südfosten durch das Zentrum nach dem Stettiner Bahnhof kommen jetzt nur noch die Straßenbahnlinien 11, 28 und 29 in Betracht.

Eine besonders fürsorgliche Gemeindeverwaltung scheint Hohenschönhausen zu haben. Sie hat schon vor längerer Zeit erhebliche Mengen an Hum, Urzal und Rognal beschafft, die sie jetzt zu Silvester an die Einwohner abgibt. Allerdings sind die Preise ziemlich hoch, so daß den Hohenschönhausenern die Silvester- und Neujahrsfeier nicht allzu billig zu stehen kommt. Ein Liter Hum kostet 12 Pf., 1/4 Liter Rognal und Urzal kosten 9,25 Pf. In jede Familie wird nur eine Flasche abgegeben. Aber auch sonst sorgt Hohenschönhausen für eine Bewohrtheit. So kommen in dieser Woche auf die Lebensmittelkarte 1/4 Pfund mariniertes Hering zum Preise von 65 Pf., 1/4 Pfund Salzhering zum Preise von 40 Pf., 1/4 Pfund Seezahn für 1,20 Pf., 100 Gramm Graupen für 8 Pf. und 1/4 Pfund Tee zu 1 Pf. zur Verteilung.

Ehpfende selbst mitbringen! Die Verwaltung der Volkspfeifen kann wegen des Metallmangels nur noch andernfallsweise Pfeifen, Gabeln und Messer an die Gäste liefern. Es ist daher jedem zu raten, das nötige Besteck selbst mitzubringen.

Weniger Tage ist in seiner Wohnung gelegen hat der 40 Jahre alte Volkstheater-Führer Fritz Fischer aus der Innstraße 45 zu Neukölln. Er hatte sich für sich allein in einem Zimmer, das er vom Wirt abgemietet hatte. Seit einigen Tagen kam er nicht mehr zum Vorschein. Als man sich gestern nach ihm umfah, weil er schon geträumelt hatte, fand man ihn tot auf.

Ein reisendes Schwindlerpaar, das auch in Berlin eine Gostrolle gegeben hat, wird von den Kriminalbehörden gesucht. Es handelt sich um einen 68 Jahre alten, aus Gießen gebürtigen, früheren Gärtdirektor Bruno Arends und eine Gertrud Göbel, die er für seine Frau ausgibt. In Berlin führte sich Arends bei einer Zimmervermieterin als Gutsbesitzer ein und erzählte, daß er hierher gekommen sei, um die Hypothekverhältnisse seines Gutes zu regeln. Einige Tage nach seinem Zugang kam auch die angebliche Ehefrau. Die Wirtin gewährte dem Paar Kredit für Miete und Kasse. Sie dachte sich auch nichts dabei, als es nach einem Aufenthalt von zwei Monaten mit dem Bemerkten verheiratet, daß es nach Breslau fahren wolle, um die Gräber der Eltern zu besuchen. Die Rechnung für Miete und Kasse war unterdessen auf 124 Pf. angelaufen. Der Gutsbesitzer ließ dann nichts mehr von sich hören. Keenliche Streiche hat das Paar auch anderwärts verübt und in einem Falle wurde es wegen Betruges schon verurteilt. Arends ist kaum mittelgroß und unterlich, hat volles graues Haar und Schnurr- und Epiphyse, sieht gesund aus, geht etwas gebückt und spricht schiefliche Mundart. Seine angebliche Frau, die aus Breslau stammt und 34 Jahre zählt, ist viel größer als er und schlank, hat dunkles Haar, das sie glatt nach hinten gestrichen trägt und spricht schiefliche Mundart.

## Aus den Gemeinden.

Tempelhof. Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung die Annahme einer Spende der Firma Corolli zur Kriegswohlfahrtspflege in Höhe von 20 000 Pf. Dieses Kapital soll für einen Hüter zu bestimmenden Kriegswohlfahrtszwecken Verwendung finden, während die Zinsen schon jetzt dem Unterstützungsfonds für Kriegsfamilien zugeführt werden. — Die in einer der letzten Sitzungen der Gemeindevertretung beschlossene Erhöhung der Mietunterstützung und die Erhöhung der Familienunterstützung wird auf Beschluß der Gemeindevertretung den eingezogenen Angehörigen, Arbeitern und Lehrpersonen der Gemeinde auf die ihnen gewährte Teilgehälter resp. Lohnzahlung nicht in Anrechnung gebracht, so daß sie in den vollen Genuß der Erhöhungen gelangen. — Zur Prüfung der Frage der Erhöhung der Feuerungszulagen für die Beamten, Angestellten, Arbeiter und Lehrpersonen wird eine Kommission eingesetzt, der auch Gen. Burgemeister angehört. — Hierauf erstattete die Rechnungs-Kommission einen Bericht über ihre Tätigkeit. Der Bürgermeister betonte, es sei möglich, aber die Lebensmittelfrage in eine Debatte einzutreten, da die kleinen Gemeinden im Gegensatz zu den Städten bei der Lebensmittelzuteilung mehr oder weniger vom Kreise abhängig und dadurch in ihrer Tätigkeit sehr beeinträchtigt. Er berichtete dann über die Schwierigkeiten bei der Kartoffel-, Gemüse- und Fleischbeschaffung. Bei dem Verlauf der Kartoffeln habe die Gemeinde im vorigen Jahre große Verluste gehabt. Von der Bürgerschaft werde aber zu geringe Fleischrationen gefordert im Vergleich zu Berlin. Die Gemeinde könne aber leider nicht mehr geben als ihr zur Verfügung stehe. Das seien 6,5 Proz. des dem Kreise jeweils zur Verfügung stehenden Schlachttviehs. Aufmerksam möchte er darauf machen, daß die durch die Gemeinde zum Verkauf gelangenden Eier, wenn schlechte darunter seien, durch die Händler ungetauscht werden müssen. Aus der Kriegskasse werden jetzt täglich 1200 Portionen entnommen.

Genosse Wald ging zunächst nochmals auf die in der letzten Sitzung geflossene Geschäftsordnungsdebatte ein und wies es zurück, daß der Bürgermeister bei einer so wichtigen Frage einen Formensondpunkt einnehme und es unteren Genossen, die in geringer Zahl in der Gemeindevertretung lägen, unmöglich mache, Anträge zu stellen. Er sei im Gegenteil zum Bürgermeister der Ansicht, daß es durchaus nicht möglich sei, über die Lebensmittelfrage zu debattieren, durch solche Ausdrücke könnten Mängel, Schäden und Ungerechtigkeiten beseitigt werden. Er habe den Wunsch, daß sich die Gemeinden indognito gegen die halben Maßnahmen der Regierung den Lebensmittelwunderern gegenüber wie ein Mann auflehnen und Hilfe betreiben. Er möchte zu erwägen geben, ob man nicht weiter gehen sollte in der Kriegserklärung durch die allgemeine Speisung. Allerdings, Tempelhof allein könne dies nicht, aber auch hier müßten die Gemeinden wieder vortwärts drängen. Man solle die Lösung solcher wichtigen Fragen nicht Privatbesitzen überlassen. — In der nichtöffentlichen Sitzung wurde Syndikus Goldschmidt eine einmalige Gebaltsanfrage von 1500 Pf. gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt.

Neukölln. Der Magistrat hatte vor kurzem die Wahlen der fünf Mitglieder und fünf Stellvertreter des Steuerprüfungsausschusses der Gewerbesteuerklasse III ausgeführt. Da aber nicht ein einziger Wähler erschienen war, konnte der Wahlakt nicht stattfinden und es mußte ein neuer Termin für den 6. Januar anberaumt werden.

Die Stadt hat einen Bestand von über 600 Zentner Sirup auf Lager genommen, der in Kürze durch Vermittlung der Kolonialwarenhandlung auf Grund der Haushaltsverhältnisse zum Verkauf gelangt. Der Preis ist für Verbraucher auf 35 Pf. je Pfund festgesetzt. In den hiesigen Verkaufsstellen wird gegen Vorlegung der Fleischkarten für Erwachsene je eine Pfünde kondensierte Milch abgegeben werden. Daneben soll in beschränktem Umfang Milchpulver zum Verkauf gelangen. — Der Kefseverkauf erfolgt unter Beachtung folgender Grundzüge: An Familien bis zu 3 Köpfen dürfen höchstens 2 Pfd., an solche mit 4 und 5 Köpfen höchstens 3 Pfd., und darüber höchstens 4 Pfd., abgegeben werden. — Als Ersatz für die unzulängliche in Aussicht genommene Einrichtung einer Volksschule in der Wollweberstraße soll im Karlsruhgarten mit größter Beschleunigung eine derartige Küche hergerichtet werden. Der Magistrat hat ferner die Verlegung der Mittelstandsfläche von der Wollweberstraße 136/137 nach den Passagenfesthalten beschlossen. — Im Kranken Personen den Bezug von Nahrungsmitteln zu erleichtern ist unter den Groß-Berliner Gemeinden ein Blumenbauhin getroffen worden, daß beim Verzuge kranker Personen die Alten und ärztlichen Atteste der neuen Wohngebiete zu überlassen sind, damit die Auslieferung neuer Atteste vermieden wird.

Lichtenberg. Am 3. Januar wird in den Räumen des „Kronprinzengartens“ in der Frankfurter Allee die von den städtischen Behörden Lichtenbergs eingerichtete Kriegsküche eröffnet werden. Die Küche stellt eine Verbindung von Volks- und Mittelstandsküche dar, indem in ihr sowohl Eintopfgerichte zum Preise von 35 Pf. als auch aus mehreren Gängen bestehende Mahlzeiten zum Preise von 70 Pf. abgegeben werden. Für ein Eintopfgericht werden je ein Abschnitt der Fleisch- und Kartoffelkarte, für ein sogenanntes Mittelstandessen zwei Abschnitte der Fleischkarte und ein Abschnitt der Kartoffelkarte abgetrennt. Das Essen kann an Ort und Stelle eingenommen oder auch nach Hause mitgenommen werden. Die Küche wird vorläufig an allen Wochentagen von 1/2 12 bis 4 Uhr geöffnet sein.

Charlottenburg. Mit Beginn der neuen Fleischartenperiode, 26. Dezember, findet wieder der Umtausch der Fleischkarten statt, und zwar werden auf eine Fleischkarte für je 250 Gramm Fleisch 375 Gramm Rindfleisch, Gries, Graupen und Hufersoden, auf eine Kinderfleischkarte für je 125 Gramm Fleisch 200 Gramm dieser Nahrungsmittel gewährt. Nur die vollen Fleischarten werden umgetauscht. Der Umtausch erfolgt vom 2. bis 10. Januar im Charlottenburger Rathaus, Eingang Lägerowstraße, Zimmer 44, unter Vorlage der Familienausweiskarte.

In der Zeit vom 4. Januar bis 18. Januar wird auf Abschnitt Nr. 21 der roten Nahrungsmittelkarte je 1/4 Pfund Teigwaren verabfolgt. Die Warenabgabe an die Händler am 20. für die Anfangsbuchstaben A—H, am 2. Januar für die Buchstaben J—Q und am 3. Januar für R—Z.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 31. Dezember, vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Frau Marie Krüger: „Die Frau nach dem Weltendrama“. — Montag, 1. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, Herr Ernst Baumig: „Nähe und Unnähe“. — Gäste willkommen.

## Aus aller Welt.

### Nick Carter's Ende.

Nick Carter ist tot. Er und seine Sippe sind als Opfer des Weltkrieges gestorben. Freilich sind sie nicht auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges gefallen, sondern in ihrer Heimat, in den Vereinigten Staaten. Die in New York erscheinende „Tribune“ widmet ihnen einen wehmütig-humoristischen Nachruf, aus dem das Drum und Dran des Todes dieser Schandromane zu ersehen ist: der Verfasser eines Nick-Carter-Romans fikt eines Abends an seinem Schreibtisch an der schandvollen Fortsetzung; versetzt sich, daß er gerade bei einem spannenden Höhepunkt ist: „... Es war ein Kampf auf Leben und Tod. Jedoch schlenderte das Mädchen zur Seite und erwartete mit zornfunkelnden Augen das Herannahen der Bande, in jeder Hand einen gespannten Revolver. Zwei Schiffe unterbrechen die Stille der Nacht...“ In diesem Augenblick läutet der Fernsprecher; der Verfasser unterbricht die spannende Handlung und befiehlt: „Sofort den Roman zu Ende bringen, das Papier ist wieder um 10 Prozent gestiegen. Neuester Umfang: 100 Seiten.“ Der Verfasser befreit sich, worum es sich handelt, schafft auf wenigen Seiten die noch übriggebliebenen Saurer aus der Welt, führt das Liebespaar glücklich zusammen, schreibt darunter das Wort „Ende“ und sieht sich nach einer anderen Beschäftigung um. So ist es vielen von der Sippe Nick Carter's gegangen: von dem Augenblick an, wo der Papierpreis eine gewisse Höhe überschreitet, waren die Nick-Carter-Romane nicht mehr wirtschaftlich, und es gibt nur noch wenige amerikanische Verleger, die mit dem Herandrängen solcher Schandromane fortfahren können, weil sie auf Grund langfristiger Verträge noch billiges Papier bekommen.

## Grammophone trichterlose und Feld-Apparate

in jeder Preislage.  
Großes Lager in Schallplatten.  
Alle Schläger aus den neuesten Operetten etc.  
Abgespielte Platten sowie Bruch werden bis M. 1.50 pro Stück in Zahlung genommen.  
Eigene Reparatur-Werkstatt.  
W. Becker Spezial-Geoschäft Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 127 1, Ecke Schillerstraße (kein Laden).

## Kranz- u. Blumenspenden

schnell und billig.  
Zurücknahme 56 Dabers  
Wicabit 6131.  
Für Feldsoldaten!  
Deutsch-Deinisch 15 Pf.  
Deutsch-Französisch 15 Pf.  
Buchhandlung Friedrichs.

## Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süd

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süd  
Kuchen und Gebäck  
Bäcker- u. Konditoreien  
K. Radloff, Nolln, Alterstr. 37  
Fleisch- u. Wurstwaren  
Paul Müller, Friesenstr. 22  
G. Kieper, Karlsruhgarten 16  
Mehldig., Kolonialw.  
Joh. Pietsch, Gneissenaust. 97  
A. Schleinitz, Mariannenst. 14  
Weine, Fruchtsäfte, Likör.  
E. & M. Leydiche, Mansteinstr. 4  
Uhren, Goldwaren  
S. Fenske, Kottbus. Damm 99  
Streng real, anerkannt bill.  
Neukölln  
C. Dittmann, Berlinerstr. 43  
Wild - Geflügel - Fische.

## Pelzwaren

wegen Einberufung enorm billig.  
Alaskafuchs-Kragen . . . M. 18.— an  
Skunkkragen . . . 50.—  
Imit. Alaskafuchs . . . 12.—  
Marder . . . 60.—  
Große Auswahl in allen anderen Pelzwaren. — Reparaturen werden schnell und billig ausgeführt.  
Poezier, Kürschnermstr., Kottbuser Damm 15.  
Bitte genau Hausnummern zu beachten.

## Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Westen

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Westen  
Bei Bekäufen empfohlen.  
Adelung & Hoffmann, Akt.-Brauerol Potsdam  
Eig. Niederlag. Berlin SW. 47  
Kronbergstrasse 23, Brandenburger a. H., Wilhelmshofstr. 77.  
Potsdam-Stangen-Blor Bürgerbräu.  
Fleisch- u. Wurstwaren  
Georg Dabelow, Potsdamer Strasse 76b.  
Gelogenheitskäufe  
Hud. Flalauer, Alt-Moab. 110.  
Weine, Fruchtsäfte, Likör.  
E. & M. Leydiche, Mansteinstr. 4  
Charlottenburg  
Otto Gaage, Kolonialw., Mehldig., Kolonialw. & Wilmersd. Str. 40 61.  
Schuh-, Lag., Rep. bill. Lützowstr. 7.  
Nowawes  
A. Kieper, Friedrichstr. 28  
Damen-, Kinder-Konfektion  
Spannau  
Paul Gaage Mehl und Meloniw.  
Breitestr. 57, Schönwalderstr. 13/14, Pichelsdorferstr. 13.  
Haus- und Küchengeräte  
Hermann Finck, Eisenwar., Schönwalderstr. 57  
Alfred Bartels, Breitestr. 50  
Schirme, Leder-, Drachlerw.  
A. Markgraf, Brüderstr. 11 Eck. 18 gerat. Lamp. Gl., Fernst. Steier  
Goldschmiedekunst.  
Hd. Tornow, Markt 15, geg. 1458.

## Pelzwaren

eigener Konfektion, gut sortiertes reichhaltiges Lager in allen Pelzarten. Reparaturen nach schloßen Modellen. Kürschnermeister Itzig, Kantstr. 50 der Post.

Cigarren, Cigaretten, Kautabake  
Engros  
F. Ernst Borch, Kassestr. 21.  
Alkoholfreie Getränke  
Franz Abraham  
Hamb. Messing- u. Hölzernstr.-Kell.  
C. 25 Berlinstr. 4, Fernsp. Kr. 18708  
Bade-Anstalten  
Neukölln  
Central-Bad, Anzengruberstr. 26.  
Diana-Bad, Kopenstr. 93  
National-Bad, Brunnenstr. 9.  
Passage-Bad, Kottbuser-Damm 79.  
Reform-Bad, Wiener Str. 65.  
Bäcker- u. Konditoreien  
Oskar Hanke's Brothäck.  
75 Geschäfte  
In allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Tempelhof  
Gründet 1892.  
V. Klesowetter, Kottbuserstr. 11.  
G. Meier, Grünerweg 27.

Erscheint 2 mal wöchentlich.  
Otto Wolff, Treptow, Krüllstr. 16  
Lehman, Gr.-Lichterf., Gammest. 154  
Kandgen, Gummlw.  
R. Hauke, Stralauer Str. 24.  
E. Kraus, Kottbuserstr. 55.  
A. E. Lange, Brunnenstr. 166  
Butter, Eier, Käse  
Wilhelm Göbel, 25 eigene Filialen.  
Gebrüder Manns, 48 eigene Detailgeschäfte  
Schröter, R., 43 Verkaufsstellen 43  
Uhly & Wolfram

Bezugsquellen-Verzeichnis.  
August Holz, 15 Detail-Geschäfte.  
Bierbrauerei, Bierbäckerei.  
Brauerei Bötzw, empfiehlt  
Qualitätsbiere  
C. Habels Brauerei, hell - Habelbräu - dunkel.  
Münchener Brauhaus, Berlin und Oranienburg  
Trinkt Wanninger Bier!  
Weissbier, C. Breithaupt, Fallesonstr. 97 Tel. Exp. 1051, 1052  
Drogen und Farben  
Wieder-Export, Fritz Kahlestr. 34  
Eisfabriken  
Timmer-Essig, überall erhältlich!  
Fleisch- u. Wurstw.  
W. Beck, Inh.: Herm. Gerbach  
Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69  
Fleisch- und Wurstwarenfabrik  
Willy Gerlach, Petersburgerstr. 31  
Otto Kogel, Alte Jacobstr. 26.  
Herrn- u. Knabenmod.  
J. Baer, Badstr. 26, Ecke  
Prinzen-Allee.  
Leske & Sipeckel, Schölk.-Allee 7.  
Rosenthalerstr. 2.  
Fabisch & Co., Eckhaus Linienstr.  
Kolonialwaren  
Adam Schmalz, Schliemannstr. 11.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.  
Rüte, Rötzen, Polnwaren  
Vester, E., Kottbuser-Damm 18/19  
Karr, Woll-, Woll-, Färberei  
Hermann Meyer, Schönwalderstr. 11.  
Photogr. Apparate  
M. Albrecht, SO. Kottbuserstr. 2.  
auch Gelogenheitskäufe  
Weine, Liköre, Fruchtsäfte  
Yugo Soling, 60 Filialen in allen Stadtteilen.  
Herm. Meyer & Co., Act. Ges., ca. 550 Verkaufsstellen. Gr.-Berl.  
Bellmann, E., Gollnowstr. 26  
Nähmaschinen  
Singer Nähmaschinen  
Läden in allen Stadtteilen.

Meierei C. Bolle A.-G.  
Berlin N.W. 21 Alt Moabit  
Altster und größter Milchwirtschaftlicher Großbetrieb  
Optiker, Mechaniker  
Schubert, Carl, Nolln, Bergstr. 14  
Schreibwaren  
O. Prochnow, Nolln, Bergstr. 43  
Uhren u. Goldwaren  
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40  
Versicherungen  
„Deutschland“ Berlin  
Arbeiterversicherung — Schützen-Sterbekassenversicherung, Straße 3.  
Spandau  
Schuerlein, Poststr. 57, Postk.-W. 10 v.